

Postdemokratische Empörung

Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen
und gegenwärtige Protestforschung

Peter Ullrich



ipb working paper

Postdemokratische Empörung

Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige
Protestforschung

Peter Ullrich

ipb working papers | Berlin, Oktober 2015

2., durchgesehene Auflage

Die ipb working papers werden herausgegeben vom Verein für Protest und Bewegungsforschung e.V. Sie erscheinen in loser Folge. Die Initiative für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) hat eine Konsolidierung dieses Forschungsfeldes zum Ziel. Ihre Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Alle Texte aus der Reihe sind auf dieser Internetseite abrufbar.



„Postdemokratische Empörung“ von Peter Ullrich ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von „Sozialfotographie StR“ (<http://protestphotography.wordpress.com/>) erstellt. Wir danken der Urheberin für die Übertragung der Nutzungsrechte.

Der vorliegende Text ist eine für die Veröffentlichung überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor am 2. Juni 2015 im Rahmen der „Kritischen Ringvorlesung 'Ein Blick über den Tellerrand'“ am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin gehalten hat.

ABSTRACT

Der Aufsatz führt in ausgewählte Problemstellungen der gegenwärtigen Forschung zu Sozialen Bewegungen und Protest, insbesondere den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Demokratie, ein. Zunächst wird der Begriff der sozialen Bewegung und der Bewegungsgesellschaft im Hinblick auf den Gesellschaftsbezug und die Selbstverhältnisse kollektiver Protestakteure erläutert. Im zweiten Abschnitt wird die Bedeutung sozialer Bewegungen in der Diskussion um die 'Krise der Repräsentation' und die 'Demokratisierung der Demokratie' herausgearbeitet. Drittens wird anhand aktueller Bewegungen (Occupy, Mahnwachen für den Frieden/Montagsmahnwachen, Pegida) gefragt, ob sich in postdemokratischen Verhältnissen ein bestimmter neuer Bewegungstyp herausbildet, der insbesondere von immenser politischer Entfremdung und spezifisch Web-2.0-geprägten Subjektivitäten gekennzeichnet ist. Diese Bewegungen werden als dreifacher Ausdruck postdemokratischer Verhältnisse begriffen: als Reaktion auf die Postdemokratie, als Kritik an der Postdemokratie und als Verkörperung postdemokratischer Strukturen. Viertens werden einige Herausforderungen für soziale Bewegungen analysiert, die sich aus autoritären Krisenbewältigungsstrategien und dem gegenwärtigen polizeilichen Umgang mit Protest ergeben. Im Fazit wird kurz auf weitere Forschungslücken und theoretische Herausforderungen für die Protestforschung eingegangen.

Peter Ullrich, Dr. phil. Dr. rer. med., Soziologe und Kulturwissenschaftler, ist Leiter des Forschungsbereichs „Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte“ am „Zentrum Technik und Gesellschaft“ und Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung (beides Technische Universität Berlin). Jüngste Veröffentlichung: „Antisemitismus als Problem und Symbol“, 2. Aufl., Berlin 2015 (zusammen mit Michael Kohlstruck), Kontakt: ullrich@ztg.tu-berlin.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	8
1 Bewegungsgesellschaft.....	9
2 (Post-)Demokratie und Protest.....	14
3 Empörten-Bewegungen in der Bundesrepublik.....	21
3.1 Die „Mahnwachen für den Frieden“	21
3.2 Einheit im Widerspruch: von Occupy und Pegida.....	26
4 Protest und Polizei in der Krise.....	29
Fazit.....	31
Literatur.....	35

Einleitung

Ziel dieses Aufsatzes ist es, in die gegenwärtige Forschung zu sozialen Bewegungen und Protest einzuführen, ihren Gegenstand begrifflich zu bestimmen sowie einige zentrale inhaltliche Herausforderungen und Probleme vorzustellen.¹ Dies ist bei vorausgesetzter Kürze kein leichtes und zudem ein notwendig fragmentarisches Unterfangen. Deswegen soll hier gar nicht erst der Versuch unternommen werden, systematisch alle wichtigen Fragestellungen, Paradigmen und Herangehensweisen des Forschungsfeldes anzureißen.² Vielmehr sollen einige der wichtigsten Fragen, die die *gegenwärtige Diskussion* bestimmen anhand aktueller Erscheinungen und Konflikte analysiert werden. Dabei geht es, so werde ich zu zeigen versuchen – über die selbstreferentiellen Kommunikationen einer sozialwissenschaftlichen Teildisziplin hinaus – um nichts weniger als das (Weiter-)Bestehen von Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit, oder um den Konnex von Protest und Demokratie.³

Die Darstellung ist in vier Teile gegliedert. Ich werde *zunächst* auf den Begriff der sozialen Bewegung, auf Protestkultur und ihre Bedeutung für die Gesellschaft im Allgemeinen eingehen und damit die sozialwissenschaftliche „Protestforschung“ oder „Bewegungsforschung“⁴ vorstellen. Dieser Teil ist vor allem für Fachfremde von Interesse und kann von informierten und eiligen Leser_innen auch übersprungen werden. Im *zweiten Teil* werde ich auf den Zustand der gegenwärtigen (postdemokratischen) Gesellschaften in der „multiplen Krise“ (Demirović 2013) eingehen und zeigen, wie soziale Bewegungen auf diese Situation reagieren. Dies wird im *dritten Teil* vertieft, in welchem ich auf einige aktuelle Bewegungen in der Bundesrepublik eingehen werde (insbesondere die Montagsmahnwachen für den Frieden, Pegida und Occupy), die möglicherweise einen neuen Typ von postdemokratischen „Empörungsbewegungen“ verkörpern. Dabei geht es um die Frage, was wir anhand dieser Bewegungen über den Zustand unserer Gesellschaft erfahren können und

1 Mein herzlicher Dank gilt Alban Werner (Aachen) sowie Judith Vey, Dieter Rucht und Roland Roth (Berlin) für ihre sehr hilf- und umfangreiche Kommentierung des Textes.

2 Dafür vgl. Rucht (2011b) und Teune (2008).

3 Dabei wird schnell offenbar werden, dass ich in zwei mehr oder weniger distinkten Rollen spreche, bzw. schreibe. Die eine ist die des Protestforschers, der sich idealerweise möglichst wenig voreingenommen, sondern offen – mit quasi gleichschwebender Aufmerksamkeit (wie es in der Psychoanalyse heißen würde) – seinem Gegenstand widmet, ihn befragt, durchleuchtet und analysiert: hinsichtlich seiner Entstehungsbedingungen und Mobilisierungszyklen, seiner sozialen Basis, seiner Strategien oder Weltdeutungen. Die andere Rolle ist gleichwohl beim gewählten Zugang entlang aktueller, politisch heiß diskutierter Probleme schwer vermeidbar. Es wird sich kaum verhehlen lassen, dass ich ein politisch denkender Mensch bin, der nicht nur *Einschätzungen*, sondern auch *Einstellungen* hat, kurz: eine Meinung.

4 Beide Begriffe werden im Allgemeinen und auch in der Bezeichnung des Faches oft synonym verwendet, obwohl der eine Begriff (Bewegung) auf einen Akteur abzielt, der andere (Protest) auf eine Handlungs- oder Ausdrucksform desselben.

welche Herausforderungen sich daraus sowohl für die Wissenschaft vom Protest als auch für die allgemeine Öffentlichkeit ergeben. Im *vierten Teil* werde ich mich noch einmal aus einer anderen Perspektive mit dem Verhältnis von sozialen Bewegungen und Demokratie beschäftigen, nämlich mit dem staatlichen Umgang mit Protest, mit Protest Policing und Überwachung, welche in der gegenwärtigen Krise eine autoritäre Zuspitzung zu erfahren scheinen.

1 Bewegungsgesellschaft

Wir leben – so haben die Forscher_innen schon seit den 90er Jahren formuliert – in einer „Bewegungsgesellschaft“ (Neidhardt und Rucht 1993; Meyer und Tarrow 1998; Rucht und Neidhardt 2002).⁵ Soziale Bewegungen sind in dieser ein fest etabliertes und weit verbreitetes Phänomen geworden; Proteste gibt es (fast) allerorten und zu (fast) allen Themen. Soziale Bewegungen gehören im globalen Norden und auch im globalen Süden zu den politischen Systemen wie Parteien, Wahlen und Parlamente – mit entscheidenden Unterschieden allerdings: Die einen sind rechtlich verregelt, institutionell und bürokratisch hochgradig ausgeformt; es gibt insbesondere formale Regelungen der Zugehörigkeit und Wahl in Ämter. Bewegungen sind spontaner, fluider, unregelter. Für eine Bewegung gibt es keinen Mitgliedsausweis und keine_n Ortsverbandskassierer_in.

Es existieren verschiedene Definitionen des Gegenstands soziale Bewegungen. Eine integrative Begriffsbestimmung, die Kernelemente verbreiteter Definitionen (Brand, Büsser, und Rucht 1986, 35 ff.; Raschke 1987; Rucht 2002, 4) aufnimmt, könnte folgendermaßen aussehen:

Eine *soziale Bewegung* ist ein kollektiver Akteur, mithin ein Netzwerk verschiedener anderer Akteure, der auf Basis symbolischer Integration und eines gewissen Zugehörigkeitsgefühls (einer kollektiven Identität) mittels Protests sozialen Wandel erreichen, beschleunigen, verhindern oder umkehren will.

Damit unterscheidet sich der Bewegungsbegriff der Bewegungsforschung deutlich von weiten Begriffen sozialer Bewegung in der Tradition von Marx und Hegel, die dabei mehr „gesamtgesellschaftliche Bewegung“, sprich soziale Transformation im Blick haben und begrifflich einen zentral gesetzten Akteur der Transformation und die Transformation selbst fest aneinander binden (bspw. Candeias und Völpel 2014). Ebenso grenzt er sich von verwandten und teilweise überlappenden Phänomenen ab, z.B. Riots (Hohenstatt und Rinn

⁵ Zu weiteren Fundstellen und begrifflichen Alternativen vgl. Rucht (2001, 7).

2014) ab. Diese Definition enthält vier zentrale Merkmale, die im folgenden erläutert werden sollen.

Erstens haben soziale Bewegungen also ein Ziel oder einen Zweck mit Bezug auf ihre soziale Umwelt: sie wollen die Gesellschaft ändern oder wahrgenommenen Wandel beeinflussen oder gar aufhalten. Der letzte Aspekt ist wichtig; schon seit der Vormoderne gab es immer wieder Bewegungen i.w.S. (Vorläufer der modernen sozialen Bewegungen⁶), deren Ziel darin bestand, einen angenommenen gerechten, gottgewollten Zustand wiederherzustellen, der jedoch verlorengegangen sei. Vor allem religiös geprägte Bewegungen haben so gedacht, doch Spuren solcher Wiedererlösungshoffnungen finden sich noch heute. Auch die Kritik von Bewegungen an heutigen Zuständen schöpft immer wieder fast automatisch Legitimität auch aus dem Blick zurück und daraus folgenden Abwehrkämpfen, sei es zur Verteidigung der überkommenen Moral, des Rechtsstaats, des Sozialstaats usw., was durchaus mit einer gewissen Verklärung dieser vergangenen Zustände einhergehen kann.⁷ Und doch kämpfen soziale Bewegungen oft auch für allumfassende *zukunftsgerichtete* Utopien, für Sozialismus und Anarchismus oder auch für einen Gottestaat. Andere Bewegungen und ihre Proteste wiederum setzten an ganz konkreten und überschaubaren Problemstellungen, Wünschen und Bedürfnissen im Hier und Jetzt an,⁸ sei es an der Gestaltung eines städtischen Ortes (etwa der Gestaltung des Tempelhofer Feldes in Berlin) oder an der Rettung einer Fledermausart. Erinnert sei hier an die Kleine Hufeisennase – manchen sicherlich wegen ihrer Rolle beim Streit um den Bau der Dresdner Waldschlößchenbrücke im Gedächtnis – die zwar nicht der Auslöser, aber ein entscheidendes Argument eines Teils der gegen den Brückenbau mobilisierenden war.

Zweitens verfügen soziale Bewegungen hinsichtlich ihres Gesellschaftsbezugs über ein entscheidendes Medium: den Protest. Das heißt, sie artikulieren ihre Forderungen, indem sie über bestehende wie auch aktiv aufzubauende Netzwerke Menschen mobilisieren, beispielsweise zu Demonstrationen, Menschenketten, Sit-ins oder verschiedensten anderen kollektiven Verhaltensweisen, wie einem bestimmten Konsumverhalten (z.B. Boykott). Mit diesen Protestrepertoires, so der fachliche Terminus, sind zwei Stoßrichtungen oder

6 Dieter Rucht weist darauf hin, dass soziale Bewegungen i.e.S. generell als moderne Phänomene begriffen werden müssen, weil sie eine Konzeption von Welt als veränderbar und gestaltbar voraussetzen (Rucht 2002).

7 Instrukтив ist Hellmanns (2008, 15 ff.) Beispiel aus der Anti-Weihnachtsbewegung, wo teilweise argumentiert wird, dass beispielsweise durch Kommerzialisierung die „eigentlich“ mit Weihnachten verbundenen Werte verschwinden – eine Essenzialisierung, die man hinsichtlich ihres historischen Wahrheitsgehaltes mit guten Argumenten kritisch sehen kann. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt ist die entscheidende Funktion dieser Art der Vergangenheitsthematisierung auf die Deutung der Gegenwart gerichtet.

8 Vgl. stattdessen Rucht (1998, 30), der zumindest in diesem Text soziale Bewegungen auf solche Akteure begrenzt, die *grundlegenden* gesellschaftlichen Wandel zum Inhalt haben.

Wirkungsweisen des Protests angesprochen. Zum einen kann mit dem Protest *direkt* in Vorgänge eingegriffen werden: Der Streik lässt – wenn dein starker Arm es will – die Räder stillstehen; die Blockade verhindert, dass eine Neonazidemonstration ihr Ziel erreicht; ein Boykott führt möglicherweise zu wirtschaftlichen Problemen des betreffenden Unternehmens oder Landes.⁹ Zum anderen wird für ein Anliegen *Öffentlichkeit* geschaffen. Dies ist vielleicht die noch wichtigere Funktion von heutigem Protest und sein Kennzeichen in einer modernen, mediengeprägten Gesellschaft. Denn soziale Bewegungen artikulieren mit ihren Kampagnen oder auch kurzfristigeren Interventionen häufig etwas, was über andere Kanäle keine Thematisierung erfährt, was diskursiv oder politisch keine (oder aus Sicht der Bewegungen keine ausreichende) Beachtung findet. Das eindrucksvollste Beispiel einer sozialen Bewegung ist die historische Arbeiter_innenbewegung. Sie ist das Netzwerk aus Einzelpersonen, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen, unabhängigen Gruppen, Bildungskampagnen und Debattierzirkeln, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Interessen eines sehr großen Teils der Bevölkerung der entstehenden Industriegesellschaften zu vertreten, die Interessen der, wie Marx es so treffend formuliert hat, doppelt freien Lohnarbeiter_innen. Diese sind einerseits frei von Produktionsmitteln und andererseits, als Folge der Auflösung feudaler Bande, frei, ihre Lohnarbeit auf dem Markt zu verkaufen. Doch da endete ihre Freiheit schon. Denn sie waren keinesfalls frei, über die gesellschaftlichen Regeln ihrer Existenz wenigstens mitzubestimmen. Denn in den ohnehin kaum mit Macht ausgestatteten Parlamenten des 19. Jahrhundert vertrat niemand ihre Anliegen. Vielmehr wurden die Arbeiter_innen durch Klassenwahlrecht und Parteiverbote systematisch von politischer Repräsentation ausgeschlossen. Ohne die Arbeiter_innenbewegung und ihren beharrlichen und in vielerlei Hinsicht durchaus erfolgreichen Kampf gäbe es heute kein allgemeines und gleiches Wahlrecht,¹⁰ keinen 8-Stunden-Tag, keine Sozialversicherung. Solche Bewegungen des Kampfes der Entrechteten um Lebenschancen und Anerkennung entstehen immer wieder. Weitere Beispiele sind antikoloniale Befreiungsbewegungen, die Landlosenbewegung in Lateinamerika oder – ganz aktuell – Bewegungen gegen Zwangsräumungen von Wohnungen oder die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen.

Auf das dritte und vierte Definitionsmerkmal, den Kollektiv- und Netzwerkcharakter sozialer

9 Die Bezeichnung Boykott kommt übrigens vom Namen des irischen Landverwalter Charles Boycott. Dieser wollte seine Pächter_innen auch nach einer schwachen Ernte hoch besteuern und missliebige vertreiben. Deswegen wurde dazu aufgerufen, die so freiwerdenden Landstücke nicht zu übernehmen und auch sonst nicht mit Mr. Boycott Handel zu treiben. So wurde das Ziel einer frühen Blockadeaktion zum Namensgeber einer neuen Protestform, des Boykotts.

10 Dass diese Gleichheit eine formaljuristische und keinesfalls eine tatsächlich oder gar vollständig umgesetzte ist, kann hier nicht vertieft werden. Zu aktuellen Entwicklungen vgl. Bödeker (2012) und Kahrs (2012).

Bewegungen und die geteilte Identität, soll hier nur kurz eingegangen werden. Zum Netzwerkcharakter (*drittens*): Es wurde schon angedeutet, dass in der Gesamtheit einer Bewegung eine Vielzahl von Akteuren heterogener Art vernetzt sind (Individuen, Gruppen, Parteien, NGOs uvm.). Manche davon, sogenannte organisationale Kerne, sind dichter vernetzt und kontinuierlicher mit dem Anliegen der Bewegung befasst; andere sind eher lose verbunden und werden nur gelegentlich zu Aktivitäten mobilisiert. Die stabilisierten organisatorischen Kerne sind aber von höchster Bedeutung für eine Kontinuität der Bewegung. Der Rückgriff auf Netzwerke über etablierte Kommunikationswege erlaubt es mobilisierenden Akteuren, auch nach Phasen der Latenz oder des Stillstands, Aktionen durchzuführen und Menschen auf die Straßen zu bringen. Die Fehlen beziehungsweise die Schwäche solcher Strukturen trägt mit zur Erklärung des schnellen Verschwindens mancher Bewegung bei, die zunächst für manche Furore gesorgt haben mag, wie z.B. Occupy.

Und angesichts des nicht vorhandenen formal-verbindlichen Rahmens sichert *viertens* den Zusammenhalt eine symbolische Integration durch Slogans, Ritualen, Fahnen, Liedern und anderen Kennzeichen der Bewegung sowie ein darin gründendes Wissen oder auch Gefühl um gemeinsame Ziele und Ideen. Diese kollektive Identität ist jedoch nicht notwendig statisch und abgeschlossen, sondern wird prozesshaft in kollektive Praxen immer wieder neu begründet, stabilisiert oder auch transformiert (Melucci 1995; siehe auch Billig 1995; Daphi 2011) – bis sie schließlich auch prekär werden kann und zum Verschwinden der Bewegung führt. Dieser Selbstbezug der Bewegungen durch Symbole und eine kollektive Identität ist zugleich auch selbst für die beteiligten Individuen, ein Angebot an Sinn und Zugehörigkeit in einer Gesellschaft, in der traditionale Zugehörigkeiten in Auflösung begriffen sind. Diese Identitäten müssen dabei keineswegs immer so starker und verbindlicher Art sein wie dies Organisationen mit einem verbindlichen Programm oder Glaubensbekenntnissen verlangen. Vielmehr, so wurde an verschiedenen Stellen argumentiert seinen „begrenzte“ (Ullrich, Peter 2003) oder „schwache“ (Rucht 2011a) Identitäten immer attraktiver als loses Band für breite Bündnisse, beispielsweise in der Umweltpolitik oder der globalisierungskritischen Bewegung.

Die Funktionen und Effekte von Bewegungen sind vielfältig. Nicht immer geht es um Interessensartikulation aus einer Situation der Marginalität. Manche Forscher_innen sehen Bewegungen vielmehr als Seismographen für soziale Probleme, quasi als soziales Frühwarnsystem in der Risikogesellschaft (Hellmann 1996; Luhmann 1996). Unsere Gesellschaft produziert ständig Risiken, die ihre eigene Existenz aufs Spiel setzen (Beck 1986).

Am sinnfälligsten verdeutlicht sich dies in den Gefahren von Atomwaffen und Kernkraftwerken oder dem menschengemachten Klimawandel. Im ökonomischen Bereich ist an die entgrenzten Dynamiken des globalen Kapitalismus zu denken.¹¹ Diese Sicht ist in gewisser Hinsicht auch nah am Selbstverständnis vieler sozialen Bewegungen, die sich oft als Warner verstehen.

Der Gesellschaftsbezug sozialer Bewegungen darf aber nicht nur aus der Perspektive ihrer Selbstbeschreibung gedacht werden. Diese würde – einer Schlagseite verschiedener Konzepte sozialer Bewegungen auch in der Wissenschaft folgend – die Bewegungen quasi in ein gesellschaftliches Außen versetzen, von wo aus sie die Gesellschaft selbst zu beeinflussen trachten.¹² Doch als Teil der Gesellschaft sind soziale Bewegungen wie die an ihnen beteiligten Akteure auch geprägt von der Gesellschaft, in der sie entstehen, Ausdruck ihrer jeweiligen Beschaffenheit, ihrer Wissenshorizonte und ihrer Problemstellungen und damit nicht nur Warner und Beobachter, die quasi 'von außen' kritisieren. Entsprechend gilt es nicht nur zu untersuchen, wie soziale Bewegungen die Gesellschaft kritisieren, sondern auch, wie sie deren Strukturen, bspw. Wissensvorräte, mit reproduzieren (Heßdörfer, Pabst, und Ullrich 2010; Baumgarten und Ullrich 2012; Ullrich und Keller 2014).

Welche Rollen haben also diese Art Akteure, wenn sie zum Kern eines Begriffes wie der *Bewegungsgesellschaft* werden? Was heißt also Bewegungsgesellschaft? Zunächst soll damit *nicht* gesagt werden, dass man nur mithilfe des Konzepts „soziale Bewegung“ gegenwärtige soziale Prozesse umfassend versteht. Nein – viele große Diagnosen haben weiterhin ihre Gültigkeit: Wir leben weiterhin in der Moderne, die, wie beschrieben, eine hochgradig komplexe, funktional differenzierte Risikogesellschaft ist und in einer postdisziplinaren Kontrollgesellschaft (Deleuze), einer postfordistischen Industriegesellschaft, einer Informationsgesellschaft und in einer kapitalistischen Klassengesellschaft. Aber soziale Bewegungen als Form der Organisation und Artikulation sind in dieser Gesellschaft ubiquitär geworden, weil sich die Bedingungen ihrer Existenz stabilisiert haben (Rucht und Neidhardt

11 Die Mechanismen universalisierter Konkurrenz auf dem kapitalistischen Markt sind ohnehin destruktiv, doch in den Jahren fast uneingeschränkter Hegemonie neoliberaler Deregulierung, sind noch fragilere Settings entstanden, die in den Finanz- und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre ihren Ausdruck fanden.

12 Dies verdeutlicht sich einerseits in den verbreiteten Definitionen des Begriffs soziale Bewegung, in welchem sich Bewegungen und (zu beeinflussende) Gesellschaft gegenüberstehen, und in den am meisten verbreiteten Konzepten der Bewegungsforschung, die in methodologischer Hinsicht einen strategischen Bias haben. Diese „instrumentalist-structuralist lens“ (Johnston 2009, 3) führt dazu, dass ein Großteil der Forschungsanstrengungen und der dafür zum Einsatz kommenden Konzepte auf Wissen über die Wirkungen und Erfolge von Bewegungen ausgerichtet ist, nicht auf ihre Hervorbringung durch die und Einbettung in die Gesellschaft (Ullrich, Daphi, und Baumgarten 2014, 4).

2002).¹³ Nach einem rasanten Anstieg in den 60er Jahren kam es zu einer Einpendeln auf sehr hohem Niveau und teilweise weiterem Anwachsen (Rucht 2001; Rucht und Neidhardt 2001).

Eine Zahl kann das gut veranschaulichen. In Berlin gab es im Jahr 2014 etwa 4500 angemeldete „Versammlungen und Aufzüge“ nach dem Versammlungsgesetz, also Demonstrationen, Mahnwachen, Kundgebungen usw. im öffentlichen Raum. Das sind durchschnittlich mehr als zwölf pro Tag. Sie befassen sich mit einer Vielzahl von Themen und vertreten sehr unterschiedliche politische Ideologien. Längst haben wir uns von der Vorstellung verabschieden müssen, dass soziale Bewegungen per se links und fortschrittlich seien (Klein und Hellmann 1994). Zwar hat man festgestellt, dass die Anhänger_innen vieler größerer Demonstrationen im noch jungen Jahrtausend (untersucht wurden u.a. Demonstrationen gegen den Irakkrieg, gegen Hartz-IV, gegen Stuttgart 21) mehrheitlich recht gut gebildet, protesterfahren und dominant links orientiert sind (Baumgarten und Rucht 2013). Beispiele für das Gegenteil sind jedoch nicht rar – von Nazi-Kameradschaften und ihren jährlichen Mobilisierungen nach Dresden im Februar bis zu den gegenwärtigen rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete. Man denkt auch an Pegida, Legida, Bärghida, Hogesa & Co, die jüngst für viel Medieninteresse sorgten und reichlich Zuspruch aus der Bevölkerung bekamen. Und es gibt auch konservativen Protest, beispielsweise die Kampagne „Wir wollen Lernen“ gegen die Einführung längeren gemeinsamen Lernens in Hamburg. In dieser hat sich das arrivierte Establishment erfolgreich dagegen gewehrt, dass seine Kinder bis zur sechsten Klasse, statt wie bisher nur bis zur vierten, mit dem „Plebs“ in die gleiche Schule gehen müssen. Bei manchen Themen gibt es sogar links-rechts übergreifende Koalitionen.¹⁴ Auch sind, trotz eines gewissen Mittelschichtsbias, unterschiedliche soziale Schichten an Protesten beteiligt.

2 (Post-)Demokratie und Protest

Ein Aspekt, der kein Definitionsmoment von sozialen Bewegungen ist, sollte wegen seiner immensen Bedeutung dennoch gesondert Erwähnung finden: soziale Bewegungen sind

13 Rucht und Neidhardt zählen zu diesen Bedingungen insbesondere in hochgradig differenzierten Gesellschaften kontinuierlich bestehende

- strukturelle Spannungen und daraus resultierende Deprivationspotenziale (besonders in Bezug auf Geschlecht, nationale Konflikte und postmaterialistische Werte)
- Mobilisierungsstrukturen in mileubasierten, posttraditionalen Netzwerken
- Gelegenheitsstrukturen in Medienöffentlichkeit und der diese begünstigenden Konflikthaftigkeit des Agierens. vieler sozialer Bewegungen.

14 Längst sind beim Christopher Street Day Vertreter_innen aller Parteien anwesend, die sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzen. Und die Umweltbewegung hatte von Beginn an einen linken wie auch einen konservativen Flügel mit starker nationalistischer Einfärbung.

gerade wegen ihres informellen Charakters und ihrer horizontalen, tendenziell hierarchiearmen Struktur Experimentierfelder für Demokratieinnovationen. Direkte Demokratie, Öffentlichkeitsbeteiligung, Partizipation, deliberative Demokratie – all dies gäbe es nicht ohne soziale Bewegungen, die in ihren horizontalen Praxen solche Dinge erproben. Zu ihren allgemeinen Funktionen in einer modernen Gesellschaft kommt aus dieser Perspektive noch eine sehr spezifische, die sich auf eine aktuelle Problematik bezieht. Es geht um die sogenannte „Krise der Repräsentation“ und damit nähern wir uns auch schon dem Thema der gegenwärtigen Empörungs-Bewegungen, auf die ich vertieft eingehen möchte.

Mit dem Schlagwort „Krise der Repräsentation“ wird eine Zeitdiagnose gestellt, die im allgemeinen Sprachgebrauch wohl eher als „Politikverdrossenheit“ bekannt ist (zum Überblick vgl. Geißel 2008; Salzborn u. a. 2013). Allerdings ist diese Krisendiagnose umstritten (Merkel 2013). So gibt es keine so eindeutige empirisch konstant beobachtbare Tendenz hin zu politischer Apathie und Desinteresse. Was klar beobachtbar ist, ist ein Rückgang der Mitgliedschaft in den großen Parteien, eine sinkende Parteibindung der Wähler_innen und eine sinkende Wahlbeteiligung (Kersting 2008; Schäfer 2009). Insbesondere gibt es eine immense soziale Spaltung im Wahlsystem (Bödeker 2012; Kahrs 2012). Die Parlamente sind von Mittelschichtsangehörigen geprägt; auch die Werbeanstrengungen der meisten Parteien richten sich auf die gesellschaftliche Mitte und verstärken so die Entfremdung der Randgruppen von der politischen Klasse. Zudem gibt es zumindest bei den großen Parteien nur noch graduelle inhaltliche Differenzen. Zumindest die so genannten Volksparteien bieten nach dem postulierten „Ende der Geschichte“ kaum noch die Wahl zwischen wirklich grundsätzlichen Alternativen. Immer stärker spielt sich Politik stattdessen im Zeichen vorgeblicher Sachzwänge ab.

Die Verdrossenheit, die hier entsteht, ist aber möglicherweise nicht eine allgemeine Politikverdrossenheit, als vielmehr eine „Parteien- und Politiker_innenverdrossenheit“. Ein Konzept, welches diese Situation pointiert analysiert, verdanken wir dem britischen Sozialwissenschaftler Colin Crouch. Er nennt es „Postdemokratie“ (Crouch 2008). Dieses Konzept hat seine Schwächen als Strukturkategorie,¹⁵ ist aber als zeitdiagnostische Metapher ein hervorragender Ausgangspunkt für meine folgenden Betrachtungen.

Die postdemokratischen Verhältnisse kann man als formales Funktionieren der repräsentativ-demokratischen Regierungsformen verstehen, während diese als formale Hülle

15 Denn sie übersieht den generellen Simulationscharakter bürgerlicher Demokratien als Herrschaftsform auch in noch nicht als „postdemokratisch“ klassifizierten Verhältnissen (Alcántara u. a. 2014, 99 ff.).

weiterbestehenden Institutionen, insbesondere die Parlamente, gleichzeitig hinsichtlich ihres politischen Gehalts und ihrer regulierenden Wirkung entleert werden. Vereinfacht ausgedrückt: sie streiten weniger und sie entscheiden weniger. In der Postdemokratie werden immer mehr Gesetze durch Outsourcing von Unternehmensberatungsfirmen statt von Parlamentarier_innen verfasst. In der Postdemokratie ist der Meinungs- und Interessensstreit ersetzt durch ein von PR-Experten inszeniertes Spektakel der Spin Doctors. In der Postdemokratie, die sich nicht zufällig im Zeitalter einer neoliberal geprägten Transnationalisierung herausbildet, gibt es einen immensen Bedeutungszuwachs eines bestimmten Typs von Institutionen. Diese sind zwar möglicherweise von demokratisch legitimierten Gremien eingesetzt, unterliegen aber keiner direkten demokratischen Kontrolle. Beispielhaft stehen dafür: die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Europäische Kommission oder die Troika für Griechenland (a.k.a. „die Institutionen“) sowie zunehmend weniger weisungsgebundene Zentralbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB).

Die Prozesse der Herausbildung der Postdemokratie stehen für eine Selbstentmachtung der demokratischen Institutionen, eine Selbstberaubung ihres Gestaltungsspielraums. Die aktuellen Diskussionen um das im Großen und Ganzen geheim gehaltene TTIP-Abkommen zum Freihandel zwischen EU und Nordamerika verdeutlichen das und sie verdeutlichen zugleich die Rolle sozialer Bewegungen in der Auseinandersetzung um die Zukunft der Demokratie. Eine Hauptkritik der sozialen Bewegungen, die gegen TTIP mobilisieren, richtet sich gegen die geplanten Schiedsgerichte. Dies könnten staatliche Standards in puncto Umweltschutz oder Rechte von Arbeitnehmer_innen als Handelshemmnisse letztinstanzlich negieren, wären aber demokratischer Kontrolle und staatlicher Gerichtsbarkeit entzogen. Und vor allem der Vertrag selbst und der Prozess seiner Entstehung sind uns entzogen. Die Verhandlungen sind geheim, selbst EU-Parlamentarier_innen haben keinen Zugang zu den Verhandlungsunterlagen. Eine transparente Diskussion über diese Grundfrage ist somit unmöglich. Ein Leitgedanke steht hinter diesem Prozess: Freihandel bringt Aufschwung, Aufschwung braucht Schutz vor gesellschaftlichen Eingriffen in ökonomische Prozesse oder kurz: am besten regelt das der Markt. Wenn sich dagegen Widerspruch regt, dann ist sich die große postdemokratische Koalition einig, dass die Vorteile des den Parlamenten und der Öffentlichkeit im Einzelnen nicht bekannten Abkommens den Menschen nur noch nicht gut genug erklärt wurden. Die Bewegungs-Kommunikation von einerseits Angst und Risiken, andererseits jedoch auch Gegenexpertise in umfangreichem Ausmaß, wird umgedeutet in einen Mangel an Belehrung. Der Subtext ist immer, dass schlicht eine wirtschaftliche

Notwendigkeit besteht. Die Kanzlerin fand auch die passenden Worte dafür: „marktkonforme Demokratie“.

Nichts verdeutlicht diesen technokratisch verbrämten Autoritarismus der Postdemokratie so sehr, wie der arrogante Umgang mit Griechenland und seiner Bevölkerung, die sich entschieden hat, mit dem Austeritätsparadigma zu brechen. Vor der letzten Parlamentswahl in Griechenland haben deutsche und andere europäische Politiker_innen immer wieder unverhohlen davor gewarnt, die Linkspartei Syriza zu wählen. Es gab massive Drohungen für den Fall, dass sich die Griech_innen 'falsch' entscheiden sollten. Die deutsche Bundesregierung, die noch nicht einmal längst fällige Reparationen wegen Kriegsverbrechen der Wehrmacht an Griechenland auszahlt, spielte sich zur gesamteuropäischen Hüterin des alleinseligmachenden Weges auf und zeigte gleichzeitig eine bodenlose Verachtung gegenüber demokratischen Entscheidungen, wenn diese als nicht wirtschaftskonform angesehen werden. Diese Prozesse, also die erzwungene Austeritätspolitik und die Missachtung demokratischer Einflussnahmen auf die politischen Prozesse sind der wichtigste Motor hinter dem gegenwärtigen Zyklus sozialer Bewegungen insbesondere in Südeuropa. Auch der inzwischen gewählten griechischen Regierung wird entgegengehalten, dass es keine Gestaltungsspielräume gäbe. Insbesondere der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht keine Alternative zum Sparen, Deregulieren, Privatisieren und zum Abbau von Sozialleistungen.¹⁶

Dabei bestehen durchaus große Spielräume für die Politik. Man könnte sogar sagen, dass die finanziellen Gestaltungsspielräume der Politik lange nicht mehr so deutlich geworden sind wie in der gegenwärtigen großen Krise. Fast 500 Milliarden Euro wurden allein in Deutschland auf einmal zur Rettung der Banken bewilligt. Das ist eine der massivsten Umverteilungen von unten nach oben in der Geschichte. Die Risiken der faulen Papiere der Banken wurden damit sozialisiert, die ansonsten erwirtschafteten Gewinne nicht. Doch gerade an diesem Beispiel vorhandenen Gestaltungsspielraums zeigt sich die Aushöhlung der demokratischen Prozesse. Die Entscheidungsprozesse um die Bankenrettungspakete bringt das Magazin Stern so auf den Punkt: „In Rekordzeit wurde das Rettungspaket für notleidende Banken in Deutschland durch sämtliche politische Instanzen gepeitscht.“¹⁷ Mehrfach wurde die Bundesregierung wegen Missachtung der parlamentarischen Rechte vom

16 Zur medialen und politischen Debatte und den dortigen Diffamierungen vgl. Zimmer (2015).

17 <http://www.stern.de/politik/deutschland/rettungspaket-wie-das-rettungspaket-funktioniert-642811.html> [2015-05-28].

Verfassungsgericht gerügt, weil Rettungspakete im Eilverfahren oder unter Umgehung des Parlaments verhandelt wurden. Während der Verhandlungen um den Fiskalpakt und den Euro-Rettungsschirm ESM ging die Regierungsmehrheit sogar das Risiko ein, möglicherweise nicht verfassungskonforme, internationale Verträge abzuschließen.¹⁸ Aber die Regierungsfractionen haben – immer mit Zustimmung von SPD und Grünen bei nur marginalisierter sichtbarer Opposition der Linkspartei – die tausenden Seiten Vertragswerk durchgewunken, auch wenn klar war, dass den Abgeordneten nicht einmal Zeit zum Lesen blieb.

Es gibt einen langjährigen wissenschaftlichen wie politischen Diskurs um diese „Krise der Demokratie“. In diesem werden immer wieder verschiedene Hoffnungsträger für eine Revitalisierung demokratischer Kultur genannt. Manche setzen besonders auf die Einführung direktdemokratischer Elemente (vgl. Kost 2005), andere auf Öffentlichkeits- oder Bürger_innenbeteiligung (Roth 2011; Nanz und Fritsche 2012; Alcántara u. a. 2014). Auch soziale Bewegungen sind in einer solchen Situation mehr denn je Hoffnungsträger oder auch schlicht eine Handlungsoption für die vielen, die sich nicht – oder nicht mehr – repräsentiert sehen.

Es ist also kein Zufall, dass Demokratie *eines* der zentralen Themen im aktuellen Protestzyklus ist. Um Demokratie ging es der Occupy-Bewegung, den Bewegungen des Arabischen Frühlings, den Gezi-Protesten und eben den aktuellen Protesten gegen die Krisenpolitik. Schon die Namen und Slogans gegenwärtiger Protestbewegungen verdeutlichen dies. Occupy beanspruchte, die 99% zu vertreten, deren Interessen sie nicht gewahrt sahen. Und die spanische Bewegung der Indignados versammelte sich unter dem Slogan „Democracia Real YA“ - „Echte Demokratie jetzt“.¹⁹

Offensichtlich geht es den Bewegungen jedoch nicht *nur* um Demokratie. Ausgangspunkt der Proteste waren u.a. schmerzhaft Erfahrungen mit sozialen Einschnitten in der Krise. Dazu zählten in Spanien neben der Jugendarbeitslosigkeit von über 50%²⁰ insbesondere die Welle von Zwangsräumungen. Millionen Spanier_innen hatten während des lange währenden

18 Die Vorlage hatte sechs Verfassungsbeschwerden und mehrere Organklagen ausgelöst. Brisant ist besonders die Tatsache, dass die von der Bundesregierung im Eilverfahren angestrebte völkerrechtlich verbindliche Ratifizierung auch dann nicht mehr hätte rückgängig gemacht werden können, wenn das Bundesverfassungsgericht nachträglich die Verfassungsmäßigkeit der Verträge verneint hätte.

19 Zu den Krisenprotesten in der Bundesrepublik vgl. Vey (2015).

20 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> [2015-05-28]; zur Kritik an den Zahlen und somit etwas vorsichtigeren Einschätzungen <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/172132/standpunkt-leire-salazar-und-luis-garrido-medina> [2015-05-28].

Immobilien- und Bau-Booms von Banken trotz schwacher Haushaltssituation oder fehlender Sicherheiten Kredite für Wohneigentum bekommen und kamen mit der Krise in Zahlungsschwierigkeiten. Die Banken bekamen staatliche Rettungsgelder und trieben trotzdem Hunderttausende betroffene Wohnungseigentümer_innen in die Zwangsräumungssituation. Noch härter ist die Situation Griechenland. Die von der Troika (EZB, EU-Kommission, IWF) oktroyierten Sparmaßnahmen führten zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft, zu Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut (insbesondere aufgrund niedriger Löhne und der Beschränkung von Sozialhilfe und daran gebundener Krankenversicherung auf ein Jahr), explosionsartigem Anstieg von Obdachlosigkeit und Suiziden. Auch das griechische Gesundheitssystem ist fast vollständig zusammengebrochen.²¹ Diese unterschiedlichen Bedingungen prägten den je unterschiedlichen Charakter der entstandenen Bewegungen, die gegen die Verheerungen der Austeritätsprogramme kämpfen (Candeias und Völpel 2014). In Spanien ist die Auseinandersetzung mit Zwangsräumungen zum zentralen Thema geworden. Es bildeten sich neben dem Protest auch Netzwerke, die juristische Unterstützung oder Blockaden bei Räumungen organisieren. Bei den griechischen Bewegungen stand schnell die Organisation von Selbsthilfe zum Überleben im wahrsten Wortsinne im Vordergrund, also die Organisation von Nothilfe, Nahrung und medizinischer Versorgung in Solidaritätsnetzwerken.

Aber diese Bewegungen sind über die Skandalisierungen und die Mangelverwaltung hinaus viel mehr. Sie sind auch „Laboratorien der Demokratie“ (Teune 2012; vgl. auch della Porta und Rucht 2015). Sie reagieren mit ihrem Protest nicht nur auf die Krise der Repräsentation, sondern sie experimentieren mit neuen demokratischen Formen für eine andere, bessere Demokratie. Die demokratischen Innovationen sind zum Teil schlichte „Techniken“ wie bestimmte Handzeichen, die Abstimmungsprozesse vereinfachen, oder das Human Microphone²². Längerfristige Resultate dieser Bewegungen sind die festere Etablierung neuer Parteien wie Syriza in Griechenland oder Neugründungen wie Podemos in Spanien,²³ die, gestützt auf die Basisinitiativen und deren Erfahrungen die Parteiensysteme der entsprechenden Länder völlig grundlegend verändern. Greifbarstes Resultat dieser Entwicklungen sind neben der griechischen von Syriza geführten Regierung die Siege von bewegungsgetragenen kommunalen Plattformen bei den jüngsten spanischen

21 http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls_onl_walenta_griechenland.pdf [2015-05-28].

22 In Reaktion auf ein Verbot von Verstärkeranlagen entwickelte sich in der Occupybewegung die Technik, dass die von Redner_innen gesagten Sätze von den umstehenden Zuhörenden gemeinsam wiederholt und somit ohne Technik verstärkt wurden.

23 Parallelen bestehen auch zur Gründung der Partei „Die Linke“ in der Bundesrepublik aus PDS und WASG aus der Dynamik der Proteste gegen Hartz-IV (Ullrich 2008, 125–127).

Kommunalwahlen. In Madrid und Barcelona werden wohl bald Bewegungskandidatinnen Bürgermeister_innenämter bekleiden und möglicherweise die politische Kultur vor Ort grundlegend umkrempeln.²⁴

Vielen Bewegungen geht es aber *nicht* um alternative *Repräsentationsformen* oder neue parlamentarische Repräsentant_innen (Ein Motto der spanischen Proteste war „no nos representan“ - „Sie repräsentieren uns nicht“; ein wichtiges Anliegen von Occupy Wallstreet waren direktdemokratische Formen). Vielmehr geht es auch darum Demokratie ganz anders zu leben und neu zu erfinden. Eine besondere Rolle spielen dabei Formen der „präsentischen Demokratie“ (Lorey 2012; Lorey 2014), die in der Unmittelbarkeit des Zusammenkommens auf den Plätzen ein tiefes Bedürfnis nach neuen Formen von Kollektivität ausdrückt. Die Assambleas (Versammlungen) sind zugleich Räume um Erfahrungen auszutauschen, Ärger, Frust und politische Visionen zu bereden. Bei Visionen und Bedürfnisausdrücken blieb es jedoch nicht. Vielmehr wurden auf den Plätzen von Kairo bis Madrid Strukturen der Versorgung, des Aufrechterhaltens des Camplebens und der Entscheidungsfindung entwickelt. Im Zentrum verbleiben die Versammlungen, die alle wichtigen Entscheidungen treffen und zugleich einen Raum für Austausch von Interessen darstellen, die anderswo nicht *repräsentiert* sind, nicht im Parlament, nicht in den Medien. Diese Repräsentationskritik kann durchaus auch so weit gehen, dass primär öffentlichkeitsbezogene Formen der Mobilisierung wie Demonstrationen von ihrer Bedeutung für die Protestierenden stark in den Hintergrund rücken, stattdessen aber „horizontale“ Praxen als Vorschein einer gelebten anderen Welt im Zentrum stehen (Vey 2016).

Die besetzten Plätze sind also ein Laboratorium und zugleich ein *Lernort* demokratischer Praxis oder vielmehr von Praktiken der Selbstermächtigung. Dabei mag manchmal befremdlich erscheinen, dass oft – dafür steht insbesondere die Occupy-Bewegung in der Bundesrepublik – kaum *explizite* Forderungen formuliert werden. Doch gerade darin liegt das Besondere dieser Bewegungen der Plätze: „Angesichts der Krise der Repräsentation haben die Empörten Formen des Austauschs und der Selbstorganisation gefunden, die die individuelle Betroffenheit respektieren und gerade nicht auf die Kollektivierung von Interessen abzielen. Sie sind Ausdruck des Rechts und des Bedürfnisses, sich nicht repräsentieren zu lassen“ (Teune 2012).

24 Wobei zugleich auf den sehr begrenzten Gestaltungsspielraum hinsichtlich gesellschaftlicher Umverteilung seitens der Kommunalpolitik verwiesen werden muss – ganz abgesehen von grundlegenden gesellschaftlichen Transformationen, denen starke Beharrungskräfte bestehender institutioneller Settings entgegenstehen.

3 Empörten-Bewegungen in der Bundesrepublik

Im folgenden Teil soll es – wieder schwerpunktmäßig mit Fokus auf Deutschland – um die Auswirkungen der beschriebenen postdemokratischen Situation gehen und die These vertreten werden, dass es hier zu einem neuen Typus von Bewegungen kommt.²⁵ Bewegungen stabilisieren sich, wie eingangs erläutert, über verschiedene Mechanismen (Netzwerkstrukturen, Organisationen, kollektive Identität) und sind häufig auch in politisch-moralischen Milieus verankert, die ihr Umfeld und ihre Mobilisierungsbasis bilden. Manche existieren so in jahrzehntelanger Kontinuität wie die Umwelt- oder die Friedensbewegung, wobei sich Phasen der Latenz mit solchen verstärkter Mobilisierung abwechseln. Zugleich sehen wir immer wieder neue Bewegungen entstehen, spontan, oft kurzlebig, die mit keinem bestimmten klassischen Protestmilieu verbunden sind. Diese sind inhaltlich teilweise völlig gegensätzlich ausgerichtet, teilen aber doch bestimmte Strukturmuster, die genuin mit der Postdemokratie verbunden scheinen und im Modus der Empörung ihren Ausdruck finden, einer Empörung, die vor allem diffuse Wut und Ängste kanalisiert. Ihre postdemokratischen Kernmerkmale, wie im Einzelnen zu zeigen sein wird, sind:

- die radikale Ablehnung des politischen Systems und seiner Vertreter_innen
- minimales Vertrauen in politische und sonstige Institutionen
- geringe politische Erfahrung und organisatorische Einbindung
- Ablehnung politischer Ver- und Einordnung und „großer Erzählungen“
- stattdessen vor allem spontaner Protest auf Basis schwacher Identitäten, die stark durch internetgeprägte Subjektivitäten gekennzeichnet sind

3.1 Die „Mahnwachen für den Frieden“

Um dies plastisch zu machen, zunächst ein ausführliches Beispiel. Im Frühjahr 2014 entstand die Bewegung der „Montagsmahnwachen für den Frieden“, die sich später selbst auch oft „neue Friedensbewegung“ oder Friedensbewegung 2.0 nannte, in der Situation der größten Zuspitzung der Ukrainekrise. Zu ihren Kernforderungen und -themen gehörten zunächst vor allem Kritik an Nato/EU bzw. allgemein dem Agieren des Westens in der Ukrainekrise und Verständnis für russische Ängste vor einer Einkreisung durch den Westen sowie Kritik an einseitig anti-russischer Berichterstattung in den Medien. Die Bewegung geht auf einen ganz

²⁵ Mit dieser Fokussierung auf bestimmte, im Folgenden zu erläuternde Charakteristika geraten automatisch andere gegenwärtig relevante Bewegungen aus dem Blick, unter anderem die Krisenproteste des Blockupy-Bündnisses oder die Mobilisierungen, die sich um die Themen Flucht und Migration drehen.

kleinen Kreis von Aktiven um den Hauptinitiator Lars Mährholz zurück. Von dessen Berliner Kreis verbreitete sie sich aber schnell. Zeitweise gab es in ca. 100 meist deutschen Städten Ableger der Mahnwachen. Auf dem Höhepunkt der Bewegung kam es zu Demonstrationen mit einigen Tausend Teilnehmer_innen. Auf Initiator Lars Mährholz geht auch das Bewegungsmotto zurück. Es lautet:

„AUFRUF ZUM FRIEDLICHEN WIDERSTAND! FÜR FRIEDEN! IN EUROPA! AUF DER WELT! FÜR EINE EHRliche PRESSE! & GEGEN DIE TÖDLICHE POLITIK DER FEDERAL RESERVE (einer privaten Bank)!“²⁶

Schon dieses Motto verdeutlicht einige der Besonderheiten, die diese Bewegung etwas abseits etablierter politischer Klassifikationsmuster stellt (Ullrich 2014). Frieden und eine andere Presseberichterstattung passen zu den auslösenden Themen. Doch Initiator Lars Mährholz hatte zuvor ein Interneterlebnis, welches die für Protestmotti etwas ungewöhnliche erläuternde Klammer erklärt. Er hatte auf Youtube ein Video gesehen, in dem erklärt wurde, dass die US Notenbank eigentlich keine staatliche, sondern eine private Bank sei. Dies stimmt insofern, als die Federal Reserve ist auch eine Art Fonds ist, in dem die US-amerikanischen Banken Zwangsmitglieder sind. Allerdings wird dieser staatlich verwaltet und reguliert, mit einem vom Präsidenten eingesetzten Leiter. Mit der FED und ihrer Politik verbindet sich bei Mährholz und seinen Mitstreiter_innen eine ganze Theorie über unheimliche und bisher nur von wenigen durchschaute Machenschaften. Die FED ist nach Ansicht von Mährholz für alle Kriege der letzten 100 Jahre verantwortlich; mehr als die Hälfte der Befragten hält entsprechend das amerikanische Militär für „den Knüppel der FED“ (21,1 % stimmen der Aussage ganz, 30,5% überwiegend zu; 39,4% teils/teils).²⁷

Abgesehen vom Wahrheitsgehalt dieser Einschätzung ist also zunächst auffällig, dass sogar diese etwas ungewöhnliche Information über den attestierten Privatcharakter der FED Hauptbestandteil eines Bewegungsmottos wurde und auf der gleichen Ebene rangiert wie die ungleich abstrakteren und umfassenderen Forderungen nach Frieden und freier Presse. Das Verhältnis zur bestehenden „alten“ Friedensbewegung gestaltete sich denn auch schwierig und war von Versuchen der Annäherung wie auch von radikaler Abgrenzungen geprägt. Doch es gibt weitere Charakteristika dieser Bewegung, die bestehende Zuordnungen und Klassifikationschemata, besonders die Rechts-Links-Spaltung, vor Herausforderungen stellen

²⁶ Schreibweise, auch Groß-/Kleinschreibung entspricht dem Original.

²⁷ Die im Folgenden zitierten Befragungsergebnisse und Beobachtungsdaten beziehen sich alle auf die Untersuchungen der Initiative für Protest- und Bewegungsforschung, veröffentlicht in Daphi, Priska, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune, und Peter Ullrich (2014b; 2014a).

und dazu führten, dass sich ein Großteil der Diskussionen um die Bewegung an der Frage ihrer Einordnung auf diesem Kontinuum entzündete. In dieser Bewegung verbinden sich nämlich auch von Linken vertretene Positionen (Kritik an Nato, USA und EU, Kritik an den faschistischen Kräften auf dem Maidan und klassische linke Themen wie soziale Gerechtigkeit, Kapitalismuskritik, Kritik an Freihandelsabkommen usw.) mit rechten Positionen und mit solchen, die man vorsichtig als ungewöhnlich bezeichnen würde.

Es wurde wohl selten ein solches Sammelsurium von oft unvermittelten und nicht zusammenhängenden sowie auch völlig widersprüchlichen Positionen vertreten wie auf den Montagsmahnwachen. In den Redebeiträgen ging es im Verlauf der wöchentlichen Proteste oft weniger um die (friedensbewegten) Kernthemen als um einen Markt für mehr oder weniger überspannte Ideen aller Art. Thematisiert wurde die Möglichkeit autarker Versorgung Berlins durch Bepflanzung der Fensterbretter und Verheizen der Parkbäume oder 'unserer sinnloser Kampf' gegen 'erfundene Krankheiten' wie Krebs, gegen die wir uns nicht mehr künstlich aufbäumen sollten. Es wurde eine Maschine präsentiert, die aus Luft Energie gewinnen soll. Prominent vertreten waren Anhänger_innen der Chemtrails-Verschwörungstheorie (die davon ausgeht, dass Kondensstreifen von Flugzeugen mit Giften und psychoaktiven Substanzen durchsetzt sind, um die Bevölkerung entweder zu vergiften oder umzuprogrammieren). Umstritten, aber immer wieder im Mahnwachekontext präsent, waren auch die Anhänger_innen der Reichsbürgerbewegung, die glauben, dass die Bundesrepublik eigentlich nicht existiert (denn sie sei nur die „BRD GmbH“). Das Deutsche Reich allerdings existiere durchaus noch, weshalb Anhänger_innen dieser Ansichten verschiedene eigene „Reichsregierungen“ gebildet und sogar eigene Pässe herausgeben haben.

Anschlussfähig an den Rechtsextremismus waren – neben ganz konkreten Vertreter_innen rechter Bewegungen und Parteien wie der NPD, die immer wieder Präsenz zeigten – auch die in Teilen der Bewegung populären autoritären, verschwörungsideologischen und antisemitischen Deutungsmuster: So fand in der Befragung der Mahnwachenteilnehmer_innen etwa ein Drittel, dass „wir einen starken Führer brauchen, der das Land zum Wohle aller regiert“ (33,8% stimmten ganz oder überwiegend zu, 29% teils/teils). Ein Drittel glaubt auch, dass „die Zionisten“ weltweit „an den Hebeln der Macht sitzen und Politik, Börse und Medien nach ihrer Pfeife tanzen lassen“ (27,3 % Zustimmung, 19,7% teils/teils). Bei den Wahlpräferenzen der Befragten waren linke Parteien (Die Linke, die Grünen und die Piraten) ebenso überdurchschnittlich vertreten wie auch die rechte AfD.

Die Bewegung vereinte also verschiedene rechte, linke und sonstige Themen. Warum lässt sie sich als Ausdruck der Postdemokratie begreifen? Verschiedenen Befunde machen das deutlich:

- Es gibt bei den Teilnehmenden eine hohe – abstrakte – Zustimmung (91,7%) zur Idee der Demokratie, aber ebenso einhellig eine klare Ablehnung des konkreten politischen Systems der Bundesrepublik, dass nach Ansicht von 93,0% der Befragten nicht gut funktioniert.
- Auffällig ist das absolute Misstrauen gegenüber sämtlichen etablierten Institutionen und Parteien (dieses Misstrauen ist übrigens genauso prägend für die spanischen Empörten oder Occupy Wallstreet). In der Befragung konnten nur NGOs, Gerichte und Polizei bei einem nennenswerten Teil der Mahnwachen-Teilnehmer_innen vertrauen finden. Alle anderen Institutionen (Banken, Kirchen, Parteien, Regierung, Parlamente, die EU usw.) schnitten miserabel ab.
- Die sogenannten „Volksparteien“ waren bei den Wahlentscheidungen kaum relevant für die Teilnehmer_innen der Mahnwachen (3,7 % haben bei der letzten Bundestagswahl die CDU gewählt, 3,2% die SPD).
- Zugleich hatten die meisten Aktiven zuvor wenig eigene politische Erfahrungen außerhalb der Mahnwachen gesammelt (42% waren Protestneulinge); die bestehenden Engagements waren eher niedrigschwellig Art (bspw. Unterzeichnen einer Petition).
- Die eigene Mobilisierung erfolgte, wie bei Occupy weniger über bestehende vernetzende Organisationsstrukturen, sondern eher spontan und über soziale Netzwerke (Facebook, Youtube und Twitter haben für 80% eine große Rolle gespielt) „Die Montagsmahnwachen stehen damit für einen Typ von Demonstrationen, bei dem vorher bestehende Organisationen eine nachgeordnete Rolle spielen“ (Daphi u. a. 2014b, 14)
- Insbesondere fällt die Abwesenheit einer größeren Geschichte auf, eines Narrativs, dass die Bewegung verbindet, einordnet. Vielmehr ist vieles bruchstückhaft, inkonsistent, fluide. Gegenüber den großen politischen Rastern ist man vielmehr *extrem* distanziert, gibt sich dezidiert unpolitisch. Man sei weder links noch rechts. Man will einfach nur Frieden und Wahrheit – was immer das auch ist und wie auch

immer es zu erreichen sei.

Dies alles ergibt ein höchst widersprüchliches Gesamtbild, welches sich in einem in sich widersprüchlichen Mantra der Bewegung spiegelt. Es lautet, die Menschen sollten sich nicht spalten lassen – in links und rechts, oben und unten, Nationen oder Rassen. Zugleich ist die Bewegungsrhetorik jedoch dominiert von einem ebenso omnipräsenten Antagonismus des „Wir“ gegen „Sie“. Das absolute Misstrauen gegenüber *bestehenden* Institutionen geht mit der Bereitschaft einher, auch noch der ominösesten Information von obskuren Webseiten zu vertrauen. Man kämpft gegen die „Systempresse“, der man nur Lügen unterstellt und die man sich als einen Verschwörungszusammenhang denkt, aber sich selbst sieht man als über jede Kritik erhaben. Wir haben die Demonstrationsbesucher_innen u.a. gefragt, ob sie finden, dass an der vielfach geäußerten Kritik an den Mahnwachen etwas dran sein könnte. Nur ganze 8 % meinten, dass es auch berechtigte Kritik an den Protesten geben könnte.²⁸ Es gibt, wie geschildert, – und das ist ein weiteres zentrales postdemokratisches oder auch postpolitisches Moment – vielfältigste Anliegen, aber nur minimale Spuren politischer Praxis.²⁹

Ich vertrete deshalb die These, dass man die Mahnwachenbewegung im dreifachen Sinne als postdemokratisch verstehen muss: *erstens* als spontane, implizite Reaktion auf postdemokratische Verhältnisse, *zweitens* als mehr oder weniger explizite Kritik an postdemokratischen Verhältnissen und schließlich *drittens* als Verkörperung einer postdemokratischen Subjektivität und damit verbundenen Praxis.³⁰ Diese äußert sich in der Empörung von Menschen, die (wie die Befragung zeigt) keinesfalls *sozial* abgehängt sind (überdurchschnittliches Bildungsniveau), aber politisch *völlig* entfremdet und weder in den Mainstream noch in bestehende politische alternative Milieus eingebunden sind. Sie scheinen vielmehr von einem Politikverständnis geprägt, dass sich in den verworrenen Tiefen des Web 2.0 bildet, wo jede Meinung, wie begründet oder bizarr auch immer, ihr Forum finden kann und zugleich eine Hilflosigkeit mit transportierende Empörung und Echauffieren zum Grundton gehören.

28 Diese Abschottung wurde allerdings durch teilweise sehr stereotype Berichterstattung über die Bewegung auch von außen mit angestachelt.

29 Hier besteht in gewissem Sinne eine Parallele zu Occupy, nicht aber zu den Empörten Südeuropas, die eine sehr vielfältige soziale und politische Praxis entwickelt haben.

30 Ähnlich zu Occupy Décieux/Nachtwey (2014).

3.2 Einheit im Widerspruch: von Occupy und Pegida

Auch Pegida, die Endes des Jahres 2014 spektakulär in die Öffentlichkeit getretene Bewegung der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Daphi u. a. 2015), kann in diesem analytischen Blickwinkel verstanden werden.³¹ Verschiedene Aspekte müssen zur Erklärung einer solchen Bewegung in Betracht gezogen werden. Ganz klar artikuliert werden in der nationalistischen Überfremdungsrhetorik dieser Bewegung mit dem lokalen Schwerpunkt in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden die generell bestehenden Abstiegsängste einer verrohenden bürgerlichen Mittelschicht, die offenbar spürt, dass das kapitalistische Glücksversprechen längst nicht mehr für alle gilt, die spürt, dass Lohnzurückhaltung, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und Sozialabbau ihre eigene soziale Position äußerst fragil werden lassen (vgl. Heitmeyer 2010). Eben diese Ahnung, nicht unbedingt eine reale Deklassierungserfahrung, ist die Voraussetzung für die massive Abwertung anderer Gruppen. Die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (ebd.) oder der „Rechtsextremismus der Mitte“ dient der Stabilisierung des eigenen, bedrohten Selbstbilds (Decker, Kiess, und Brähler 2012; Decker, Brähler, und Kiess 2013). Entsprechend amalgamieren sich in diesem ideologischen Gebräu antimuslimischer Rassismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, Feindschaft gegenüber Obdachlosen. Nationalismus als wahnhaftes Ideal der Festhaltung an wenigstens irgendetwas, was man als Eigenes und Sicheres interpretieren kann, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Pegida als eine der Bewegungen, die dem Ausdruck verleiht, wurde entsprechend als die „größte rassistisch grundierte [...] Protestmobilisierung in der Geschichte der Bundesrepublik“ (Teune 2015) eingeschätzt.

Ein Großteil der Pegidist_innen hat wahrscheinlich nur eine vage Vorstellung davon, was sich hinter dem Begriff 'Abendland' verbirgt, welches man vor der so genannten 'Islamisierung' retten möchte. Auch der Bezug zur christlichen und erst recht zur jüdischen Religion ist in dieser Identifizierung mit dem „Abendland“ wohl vor allem instrumenteller Natur. Aus dem eigenen Leben kennt man zumindest in Sachsen auch kaum allzu viele Muslime; schließlich leben dort fast keine.³² Sicherlich kann man auch noch einige Spezifika des politischen Diskurses und der politischen Kultur im Freistaat zur Erklärung des Erfolgs der Bewegung besonders in Sachsen mit heranziehen, welches ja stark vom konservativen bayerischen

31 Die folgenden Betrachtungen geben aufgrund der Aktualität des Phänomens eher gut informierte Eindrücke aus der Beobachtung des Phänomens wider als streng empirische Befunde

32 Weniger als 0,1% der sächsischen Bevölkerung sind nach den letzten bekannten Zahlen von 2010 Muslime (<http://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/158372> [2015-06-16]).

Vorbild geprägt ist und dessen demokratische Kultur im innerdeutschen Vergleich besonders problematisch erscheint. Verschiedene ad-hoc-Erklärungen mit durchaus einiger Plausibilität wurden diesbezüglich zusammengetragen.³³ Sicherlich tragen solche lokalen Aspekte dazu bei, zu verstehen, warum Pegida letztlich nur in Dresden eine rechte Erfolgsstory werden konnte (im doppelten Wortsinne). Doch es gibt eine zusätzliche Dimension, die auch Pegida in die postdemokratische Situation einzuordnen erlaubt. Pegida ist eine Bewegung der Postdemokratie-Bürger_innen, der Demokratieverdrossenen, derjenigen, die mit denen da oben, der Politik, der Presse abgrundtief unzufriedenen sind.³⁴ Das erklärt ihren Nazi-Schmähruf „Lügenpresse“, ihre autoritär von der Bühne dekretierte Weigerung, mit der Presse zu sprechen, ihre Selbststilisierung als Wahrer von Recht und Ordnung, Rasse, Nation und Abendland, die mit keiner Utopie verbunden ist, mit keinem demokratischem Engagement, nur mit dem diffusen Gefühl von Empörung und Ohnmacht, einem Grundgefühl, 'von denen da irgendwie verarscht' zu werden.

Die Protestforschung als Wissenschaftsdisziplin wird von dieser Art von Bewegungen vor große Herausforderungen gestellt. Ihre – unsere – Instrumentarien, besonders die Demonstrationsbefragungen gelangen hier klar an ihre Grenzen. Nicht umsonst wurde die Pegida-Befragung unseres Instituts unter dem Titel „Protestforschung am Limit“ veröffentlicht (Daphi u. a. 2015). Wir sind für diese Abschottung, diese Wut, diesen Hass, diese Skepsis und Scheu gegenüber allem, was von außen kommt methodisch definitiv nur unzureichend gerüstet. Sämtliche quantitativen Studien zu Pegida müssen letztlich als in großen Teilen gescheitert bezeichnet werden – weil nur ein kleiner Teil der Demonstrierenden bereit war, sich befragen zu lassen und repräsentative Aussagen zur Bewegung nicht möglich waren.³⁵

33 Es dominiert ein konservativer Paternalismus und ein autoritärer Politikstil anstelle breiter politischer Beteiligung und demokratischen Engagement. Sachsen hat „schon sehr lange ein Demokratiedefizit“ (Zick 2015). Erinnert sei auch an die besonders hart geführte Auseinandersetzung um die Durchsetzung der sogenannten „Demokratieerklärungen“, mit denen alle Empfänger staatlicher Fördermittel ihre Verfassungstreue und die aller ihrer Kooperationspartner erklären sollten. In Sachsen sind rechtskonservative Forschungseinrichtungen und Lehrstühle, besonders in der Politikwissenschaft, fest etabliert. Sachsen ist ein Stammland des NPD-Erfolgs und bescherte der AfD fast 10 % der Stimmen bei der Landtagswahl. Mit diesem Publikum im Blick, als direkte Reaktion auf Pegida, wurde in Sachsen nicht etwa eine Kampagne gegen Rassismus begonnen, sondern eine Taskforce eigens gegen migrantische Rechtsverletzer eingerichtet. David Begrich meint, dass es einen ausgeprägten „regionalen Nationalismus“ gäbe, der, so der Politikwissenschaftler Michael Lührmann, kleingeistig und auf Homogenität und Abwertung des Anderen ausgerichtet sei wie in keinem anderen Bundesland; sogar eine Behäbigkeit des Bürgertums in seinen Elbvillen in der königstreuen Residenzstadt wurde bemüht (nach Lasch 2015).

34 Deswegen wird möglicherweise zukünftig auch die Hypothese von Rucht und Neidhardt (2002, 23) zu überprüfen sein, die gerade aufgrund des Zusammenhanges von (traditionell eher links kodierten) Partizipationsansprüchen und Protestmobilisierung von einer erhöhten Stabilisierungswahrscheinlichkeit links-orientierter Bewegungen ausgehen.

35 Dies wurde noch dadurch erschwert, dass manche der Studien offensichtliche gravierende Mängel aufwiesen. Das gilt in methodischer Hinsicht besonders für die Befragung des Dresdener Politikwissenschaftlers

Dies hat aber eine Methodendiskussion stimuliert, und die Protestforschung beginnt alternative Wege der Datenerhebung und -analyse zu diskutieren (systematische Beobachtung von Slogans und Reden, Analyse der Reaktionen auf bestimmte Beiträge, ethnographische Zugänge).³⁶ Durch Pegida kam auch ein anderes Thema auf die Tagesordnung, bei dem die Protestforschung durchaus über einen Wissensvorrat und Methodenkompetenz verfügt: die Frage der Teilnehmer_innenzahlen. Bisher muss man, wenn man über die Zahl der Teilnehmenden an einer Demonstration Bescheid wissen will, die i.d.R. niedrigen Zahlen der Polizei und die meist höheren der Veranstalter_innen heranziehen und dann hoffen, dass man mit einem Mittelwert ganz gut liegt. Doch der Fall der Pegida-/Legida-Demonstration in Leipzig im Winter 2015 offenbarte ein unglaubliches Missverhältnis. Die Polizei zählte 15.000 Demonstrierende. Methodisch kontrollierte Zählungen von Soziolog_innen offenbarten, dass wohl weniger als 5000 Anhänger_innen anwesend waren (Pravemann und Poppe 2015). Ein ähnliches Phänomen zeigte sich – wenngleich mit nicht ganz so großen Divergenzen – bei den Zählungen in Dresden, bei denen die Wissenschaftler_innen auch zu um einige Tausende niedrigeren Zahlen als die Polizei kamen. Über die Gründe für diese Diskrepanz kann man nur spekulieren. Möglicherweise wollte man in Leipzig das hohe Aufgebot an Kräften – man hatte mit mehreren zehntausend Teilnehmenden gerechnet – rechtfertigen. Zugleich muss man auch die These in Erwägung ziehen, dass es in Teilen der sächsischen Polizei eine positivere Grundhaltung gegenüber Pegida und Legida gibt – angesichts gerade auch regierungssächsischer Umarmungsstrategien gegenüber dieser Bewegung. Erinnerung sei an die Gesprächseinladungen des Ministerpräsidenten und des Innenministers an die Pegidist_innen³⁷ und die Bereitstellung der Räume der Landeszentrale für politische Bildung für eine Pegida-Pressekonferenz.

Die Occupy-Bewegung ist zu Pegida und den Montagsmahnwachen ebenso Gegenstück wie Entsprechung. Inhaltlich setzte sie völlig konträre Akzente. Die Occupy-Camps waren Orte der Inklusivität und Solidarität nicht zuletzt mit Armen und Migrant_innen; auch gegenüber Forschung zeigte man sich nicht ganz so feindlich. Aber auch Occupy verlieh vor allem dem etwas diffusen Gefühl Ausdruck, von „denen“ nicht mehr repräsentiert werden zu wollen, ohne dass dem etwas Bestimmtes entgegengesetzt wurde.³⁸ Zugleich maßt man sich selber

Vorländer und in inhaltlicher Hinsicht besonders für die Einschätzungen von Werner Patzelt. Einen vergleichenden Überblick über die vorliegenden Studien liefert Reuband (2015), wenngleich mit viel optimistischerer Einschätzung hinsichtlich der Güte ihrer Aussagekraft.

36 Vgl. Teune/Ullrich (in Vorb.) und Daphi u.a. (2015).

37 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/pegida-islam-tillich-steinmeier> [2015-06-03],
http://www.mdr.de/sachsen/pegida-ulbig-einladung100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html [2015-06-03].

38 Das unterscheidet sie von anderen linken Bewegungen, die mehr oder weniger klare Vorstellungen von den

eine Art Repräsentanz an, nämlich – ganz bescheiden – die der 99% aller Menschen, obwohl man konkret nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung tatsächlich mobilisieren konnte. Trotzdem: die Frage, ob tatsächlich die „Kritik am repräsentativen Regieren“ (Ramid, Stuppert, und Teune 2012) zur Bildung eines *neuen Typus* von Bewegungen führt, die sowohl „Ausdruck postdemokratischer Verhältnisse und gleichzeitig eine Kritik an ihnen“ (Décieux und Nachtwey 2014, 76) sind, ist bisher keinesfalls über das Hypothesenstadium hinaus. Solcherart Unterscheidungen reagieren oft auf Themenkonjunkturen sowie aktuelle Eindrücke und schaffen kategoriale Gegensätze, die einer genaueren Prüfung nur bedingt standhalten. Dies betrifft beispielsweise die lange Zeit sehr populäre, aber immer wieder hinterfragte Unterscheidung zwischen „neuen“ und „alten“ sozialen Bewegungen. Außer Frage scheint mir jedoch zu stehen, dass die angesprochenen inhaltlichen Aspekte der Postdemokratie von großer Relevanz für die Erforschung des Verhältnisses von Sozialen Bewegungen und Demokratie bleiben.

4 Protest und Polizei in der Krise

Der durch die Krise entfachte Protest hat auch staatliche Reaktionen hervorgerufen.³⁹ Manche von ihnen sind eine ebenso große Bedrohung demokratischer Konstitution wie die postdemokratische Entleerung politischer Institutionen. Hierauf soll noch kurz eingegangen werden. Denn die Proteste gegen die Austeritätspolitik waren offensichtlich so massiv, dass sie zu teils harschen Reaktionen der politischen Klasse führten (vgl. Gill 2010). Diese zeigen sich auf diplomatischem Parkett besonders im autoritären Umgang mit der griechischen Syriza-Regierung. Im staatlichen, insbesondere polizeilichen Umgang mit Protesten finden sie ihre Entsprechung (Ullrich 2012a; Kretschmann 2014). Dabei ist zwischen eher situativen Taktiken im Umgang mit Protest auf der einen Seite und strukturellen Transformationen auf der anderen zu unterscheiden.

Eine äußerst drastische strukturelle Transformation, die ohne Zweifel als Krisenreaktion verstanden werden muss, hat sich in Spanien mit dem jüngst verabschiedeten „Gesetz zur Sicherheit der Bürger“ ergeben. Dieses stellt einen so massiven Eingriff in die konstitutionell eigentlich geschützte Versammlungsfreiheit dar, dass Kritiker_innen es mit der faktischen Abschaffung derselben gleichsetzen,⁴⁰ – in einem Land, das aufgrund der sozialen

durch sie angestrebten Formen gesellschaftlicher Selbststeuerung haben, die sich beispielsweise am Rätssystem oder anderen Formen deliberativer Demokratie orientieren.

39 Für die folgenden Teile wird teilweise, natürlich nicht bei den ganz aktuellen Themen, auch auf Ullrich (2012a) und Haunss/Ullrich (2013) sowie die dort zitierte Literatur zurückgegriffen.

40 <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43713/1.html> [2015-06-03], <https://www.taz.de/Spaniens-neues->

Verwerfungen der Krise, eklatanter Korruptionsskandale sowie häufiger gewalttätiger Exzesse der Polizei gegen Demonstrierende durch ein überaus reges Protestleben gekennzeichnet ist. Doch zukünftig drohen Demonstrierenden oder auch nur per Twitter zu Demonstrationen Aufrufenden Bußgelder bis 600.000 Euro, die ohne Gerichtsverfahren direkt von der Polizei verhängt werden können. Dafür wurde eine große Zahl an neuen Tatbeständen geschaffen, bspw. Proteste bei Infrastruktureinrichtungen und dem Parlament, Spontandemonstrationen, Filmen der Polizei und ziviler Ungehorsam. Dass die Polizei hier nach Gutdünken über die Zukunft von Betroffenen (die ja mit diesen Bußgeldern in den Ruin getrieben werden können) wie auch über die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung entscheiden kann, offenbart den historischen Hintergrund der konservativen Regierungspartei Partido Popular, die hier in aller Deutlichkeit die Nähe zu ihren faschistischen Vorläufern im Franco-Regime zeigt.

Doch auch in deutlich weniger autoritären Versammlungsrechtslagen, bspw. in der Bundesrepublik, steht zu befürchten, dass die partiellen Liberalisierungstendenzen der vergangenen Jahrzehnte (Professionalisierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung der Polizei, Wandels des Protest-Policing vom legalistischen zum pragmatischen Einsatzstil, steigende Achtung vor den Rechten Demonstrierender) der Krisenbewältigung zum Opfer fallen. Dafür stehen insbesondere die Demonstrationsverhinderungsstrategien, die gegen die Blockupy-Proteste angewendet wurden (Steven und Narr 2014; o.A. 2013).⁴¹ Insbesondere im Jahr 2013 wurde (nicht mit Ausweitung rechtlicher Befugnisse, aber unter massiven polizeilichen Rechtsübertretungen) ein komplettes Demonstrationsverbot in der Frankfurter Innenstadt erzwungen. 900 Menschen wurden über neun Stunden in einem Kessel gehalten, der zugleich eine der Polizei genehmere Routenführung erzwingen sollte. Viele Busse erreichten die Stadt gar nicht erst, die Mitfahrenden wurden pauschal festgehalten, erniedrigt⁴², abgefilmt und an entfernte Orte verbracht. Symptomatisch für den Zusammenhang zwischen der mit Repressionsmitteln durchgeführten Maximalprävention und der Krise stehen die gerichtlich nicht haltbaren, aber gleichwohl ausgesprochenen Aufenthaltsverbote mit aufschlussreichen Begründungen wie „Kapitalismuskritik“.

Hier wird überdeutlich, dass Polizei keinesfalls eine neutrale Instanz ist, die schlicht das

[Knebelgesetz/!5026530/](http://www.interfacejournal.net/wordpress/wp-content/uploads/2015/06/Issue-7-1-Wood-and-Flesher-Fominaya.pdf) [2015-06-03], <http://www.interfacejournal.net/wordpress/wp-content/uploads/2015/06/Issue-7-1-Wood-and-Flesher-Fominaya.pdf> [2015-06-16].

41 Weitere anekdotische Evidenz für Policing-Zuspitzungen in der Krise führt Kretschmann (2014) an.

42 So war es Mitreisenden in den festgesetzten Bussen nicht möglich, Toiletten zu benutzen. Stattdessen mussten sie im Bus Eimer verwenden, die angereiste Parlamentarier_innen entleerten.

Demonstrationsrecht sichert (was ihr gesetzlicher Hauptauftrag im Versammlungsgeschehen ist). In der gegenwärtigen Krise, die auch eine Krise der Hegemonie ist, weil gesellschaftlicher Konsens nicht mehr zivilgesellschaftlich herstellbar scheint, erhöht sich offenbar der politische Druck und damit die Wahrscheinlichkeit von Konsensproduktion mit Zwangsmitteln (Kretschmann 2014). Erleichtert wird dies durch die äußerst mangelhaften Möglichkeiten demokratischer Kontrolle der Polizei (Singelstein 2013; Luczak 2014; Töpfer 2014). Diese Situation spitzt sich auf Ebene der Geheimdienste, wie der NSU-Skandal (Verfassungsschutz) und der NSA-Skandal (mit immenser BND-Beteiligung) verdeutlichen, noch einmal zu. Hier stehen völlig entgrenzte Sicherheitsapparate einer offensichtlich machtlosen repräsentativ-demokratischen Kontrolle gegenüber. Für die Protestforschung stellt sich allerdings die Frage, warum der Aufschrei nach den Enthüllungen Edward Snowdens, der im Prinzip gezeigt hat, dass die Geheimdienste potenziell *jede* Internet- und Telekommunikation überwachen können und dies auch tun, nicht in entsprechende Mobilisierungen mündete.⁴³

Fazit

Die aktuellen Diskussionen zeigen, welche Bedeutung Protestforschung hat. Es gibt in einer Bewegungsgesellschaft, in der soziale Bewegungen allgegenwärtig geworden sind, einen kontinuierlich hohen Bedarf an Expertise zum Phänomen Protest in den Medien und der politischen Öffentlichkeit. Die Protestforschung ist geeignet, solche Einschätzungen durch ihre Analysen wissenschaftlich zu grundieren, und sie ist dabei auch geeignet das zu tun, was Aufgabe jeder Sozialwissenschaft ist, nämlich Alltagswissen zu verunsichern. So wurde beispielsweise medial die Figur des „Wutbürgers“ geboren (der in Stuttgart gegen S21 auf die Straße gegangen ist, obwohl er, so die allgemeine Darstellung, der gutbürgerlichen, eher konservativen Mittel- und Oberschicht angehört). Eine Befragung zeigte aber, dass sich die Teilnehmer_innen der Stuttgarter Proteste gar nicht so extrem von denen vergleichbarer Demonstrationen wie der gegen den Irakkrieg unterschieden: sie waren im Schnitt sehr gut gebildet und mehrheitlich links eingestellt (Baumgarten und Rucht 2013).

Die Protestforschung ist jedoch nicht nur wichtig, weil sie Expertise zu einem interessanten

43 Die für mich plausibelste Hypothese geht davon aus, dass die direkt spürbare Betroffenheit nicht stark ausgeprägt ist – Überwachung bleibt für die meisten abstrakt. Allerdings haben sich die Bedingungen für überwachungskritische Bewegungen dramatisch geändert. Deren Deutungen war immer auch stark geprägt von einer Rhetorik der Potenzialität und der Beschwörung *historischer* Horrorszenarien (Ullrich und Lê 2011; Daphi, Lê, und Ullrich 2013). Die Snowden-Enthüllungen zeigten jedoch, dass manche Dystopie noch weit hinter den realen Überwachungsmöglichkeiten der Geheimdienste zurückblieb.

Gegenstand unter vielen liefert, sondern weil dieser Gegenstand ein besonderer mit möglicherweise weiter wachsender Bedeutung ist. Dieser Gegenstand – soziale Bewegungen und Protest – ist auf's Engste mit den legitimatorischen Grundlagen demokratischer Gesellschaften verknüpft. Demokratie ist „nicht nur eine Rahmenbedingung, sondern ein Leitthema“ (Ramid, Stuppert, und Teune 2012) vieler Proteste, weil der demokratische Gehalt formell demokratischer Institutionen – das hat die Postdemokratiedebatte uns in aller Deutlichkeit vor Augen geführt – prinzipiell prekär ist und – dies zeigen die autoritären Krisenreaktionen – Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechte niemals einfach gegeben sind, sondern der Erringung beziehungsweise der Verteidigung bedürfen.

Soziale Bewegungen sind Träger von Kontingenzbewusstsein. Sie können durch ihren Widerspruch oder ihre Verweigerung einen Denkraum für die grundsätzliche Existenz politischer Alternativen schaffen oder aufrechterhalten und so zu einem Bewusstsein beitragen, das sich zum dominanten Legitimitätszuschreibungsmodus der Repräsentation und zur postdemokratischen Sachzwang-Rhetorik der politischen Eliten antagonistisch verhält. Auf diesen Antagonismus reagiert die politische Klasse in der Postdemokratie häufig mit diffamierenden Labels für die Bewegungen. Das instruktivste Beispiel ist, wenn von "Globalisierungsgegner_innen" statt von "Altermondialist_innen" die Rede ist, obwohl letzteres doch dem Selbstverständnis und der realen globalisierten Praxis dieser Bewegungen viel näher ist. Mit ihren Bezeichnungen negieren politische und publizistische Eliten regelmäßig gewollt oder unbewusst Kontingenz, indem sie beispielsweise Syriza und die dahinter stehenden Bewegungen als "anti-europäisch" diffamieren, statt Worte dafür zu finden, dass es noch ein anderes Europa geben könnte als das austeritär-autoritäre von Angela Merkel. Protestbewegungen können jedoch neben der Schaffung von Kontingenz*bewusstsein* in dieser Situation Motor für reale Entwicklungen in sehr unterschiedliche Richtungen sein, können die Postdemokratie transzendieren oder sogar selbst in zugespitzter Form verkörpern, was ein Forschungsfeld von größter Wichtigkeit etabliert.

Anders als beispielsweise in den USA ist die Protestforschung hierzulande kaum gesichert. Es gibt kein etabliertes sozialwissenschaftliches Institut für Protest- und Bewegungsforschung (das Bochumer Institut für Soziale Bewegungen ist noch dominant historisch ausgerichtet) – nur unsere Initiative,⁴⁴ die seit mehreren Jahren mit noch nicht fixierbarem Ausgang versucht, ein solches zu etablieren, sowie verschiedene kleinere universitäre Anker (bspw. in Siegen und Bremen). Forschung wird vor allem von einzelnen Personen und Personenverbänden im

44 Zur Webseite der Initiative für Protest- und Bewegungsforschung <http://protestinstitut.eu>.

Rahmen von Drittmittelprojekten und von Nachwuchswissenschaftler_innen betrieben, die auf diesem Thema zwar eine Promotion, aber kaum eine Karriere aufbauen können.⁴⁵ Nicht umsonst hieß deshalb die Auftakttagung des in Gründung befindlichen „Instituts für Protest- und Bewegungsforschung“ „Viel Bewegung – wenig Forschung“. Eine solche Forschung hätte viel zu tun, unter anderem die kontinuierliche Verfolgung des Protestgeschehens und seiner Entwicklung sowie insbesondere seiner demokratiethoretischen Implikationen; die Entwicklung und Verbesserung von Methoden, die auch neuartige Protestphänomene erfassbar machen sowie Aufklärung über eine Vielzahl von Forschungslücken. Diese können hier nicht vertieft werden, wiewohl noch einige aktuelle Fragekomplexe genannt werden sollen.

Der erste Fragenkomplex hängt mit den Entwicklungen des Internets und der Social Media zusammen. Wie verändern sich politische Partizipation und der Charakter sowie die Bedeutung von Bewegungen im Zeitalter zunehmend durch das Internet geprägter Kommunikation, wo sich Informationen, Medien und Teilöffentlichkeiten vervielfachen. Welche neuen Konfliktlinien etablieren sich entlang dieser Themen der Netz(werk)gesellschaft (Haunss 2013)? Welche Auswirkungen haben in solchen virtuellen Räumen geprägte Subjektivitäten? Stellen diese ein Einfallstor für Verschwörungsdenken dar und eine so bisher nicht gegebene Plattform für derart grundierte Bewegungen? Welche Möglichkeiten bestehen in diesen hoch fragmentierten Verhältnissen für Deliberation, also rationalen Austausch von Argumenten und Erfahrungen, und das Zustandekommen legitimer politischer Entscheidungen? Welche Handlungsmacht können Bewegungen noch entwickeln, wenn es immer schwerer zu werden scheint, ein kohärentes und Narrativ zu entwerfen und mehr als nur schwache und diffuse Identitäten kurzfristig zu mobilisieren?

Zum zweiten wären verschiedene gesellschaftliche Transformationen zu untersuchen. Wie reagieren soziale Bewegungen im Bereich Arbeit auf die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die insbesondere die Organisierbarkeit der Betroffenen erschweren? Welche Auswirkungen haben die Transformationsprozesse wie das Vordringen der „neozozialen“ oder „neoliberalen“ Strategien der Responsibilisierung und Aktivierung im Paradigma der Prävention (Barry, Osborne, und Rose 1996; Bröckling 2003; Lessenich 2008)? Führt möglicherweise die stets präsente Anrufung an die Subjekte, sich zu optimieren,

⁴⁵ Hier müsste man eigentlich noch etwas zur generellen Situation der Hochschulen, ihrer mangelhaften Finanzierung und insbesondere zur Beschäftigungssituation des akademischen Mittelbaus (sowie den zaghafte versuchen, sich kollektiv gegen diese zur Wehr zu setzen) sagen. Das würde allerdings den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Vgl. dazu: <http://prekaereswissen.wordpress.com>.

lebenslang zu lernen, sich weiterzubilden, sich fit zu halten, sich gesund zu ernähren, auch im Alter aktiv zu bleiben usw. usw. zu einem nie dagewesenen Konformismus der Individualität? Unterminiert möglicherweise der allgemeine Fokus auf Selbstoptimierung die Neigung oder Fähigkeit zur Kritik, die an die Gesellschaft adressiert ist (Ullrich 2012b)?

Zudem gilt es, möglicherweise auch als Klammer der letztgenannten Forschungslücken, den hier in verschiedener Hinsicht verfolgten Zusammenhang von Postdemokratie und Protest (vgl. a. Eberl und Salomon 2014) weiter zu vertiefen. Es ist zu fragen, wie diese Situation Bewegungen und die gesamte Bewegungslandschaft verändert, neue Bewegungstypen und in diesen Protestrepertoires hervorbringt. Auch das Protest Policing, das bedeutenden juristischen, technologischen und taktisch-strategischen Wandlungsprozessen unterliegt, und die Auswirkungen der Überwachungsgesellschaft auf Protest und soziale Bewegungen müssen im Auge behalten werden.

Der Themenkomplex soziale Bewegungen und Demokratie bleibt also sicherlich auf der Tagesordnung – politisch und wissenschaftlich.

Berlin, Juni 2015

Literatur

- Alcántara, Sophia, Nicolas Bach, Rainer Kuhn, Peter Ullrich, Birgit Böhm, Hans-Liudger Dienel, Ortwin Renn, Carolin Schröder, und Heike Walk. 2014. *Bericht des Projekt DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie. Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess*. Herausgegeben von Umweltbundesamt. Texte 31. Dessau- Roßlau: Umweltbundesamt. <https://opus4.kobv.de/opus4-tuberlin/frontdoor/index/index/docId/6536>.
- Barry, Andrew, Thomas Osborne, und Nikolas Rose. 1996. *Foucault and political reason. Liberalism, neo-liberalism and rationalities of government*. London: UCL Press.
- Baumgarten, Britta, und Dieter Rucht. 2013. „Die Protestierenden gegen ‚Stuttgart 21‘ einzigartig oder typisch?“. In *Stuttgart 21 - Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, herausgegeben von Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Baumgarten, Britta, und Peter Ullrich. 2012. „Discourse, Power and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault“. WZB Discussion Paper SP IV 2012–401. Berlin. <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2012/iv12-401.pdf>.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Billig, Michael. 1995. *Banal nationalism*. London/Thousand Oaks, Calif: Sage.
- Bödeker, Sebastian. 2012. „Das uneingelöste Versprechen der Demokratie. Zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation in der repräsentativen Demokratie“. *vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 51 (3): 43–52.
- Brand, Karl-Werner, Detlef Büsser, und Dieter Rucht. 1986. *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bröckling, Ulrich. 2003. „Das demokratisierte Panopticon. Subjektivierung und Kontrolle im 360°-Feedback“. In *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001*, herausgegeben von Axel Honneth und Martin Saar, 77–93. Frankfurt am Main.
- Candeias, Mario, und Eva Völpel. 2014. *Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland*. Hamburg: VSA.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Daphi, Priska. 2011. „Soziale Bewegungen und kollektive Identität. Forschungsstand und Forschungslücken“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24 (4): 13–25.
- Daphi, Priska, Piotr Kocyba, Jochen Roose, Dieter Rucht, Sabrina Zajak, Michael Neuber, Franziska Scholl, Moritz Sommer, und Wolfgang Stuppert. 2015. *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*. ipb working papers. Berlin. https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf.
- Daphi, Priska, Anja Lê, und Peter Ullrich. 2013. „Images of Surveillance. The contested and embedded visual language of anti-surveillance protests“. In *Advances in the Visual Analysis of Social Movements*, herausgegeben von Nicole Doerr, Alice Mattoni, und Simon Teune, 35:55–80. Research in Social Movements, Conflicts and Change. Bingley: Emerald. [http://dx.doi.org/10.1108/S0163-786X\(2013\)0000035007](http://dx.doi.org/10.1108/S0163-786X(2013)0000035007).
- Daphi, Priska, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune, und Peter Ullrich. 2014a. „Montagsmahnwachen für den Frieden. Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos?“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (3): 24–31.
- . 2014b. *Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“*. ipb working papers. Berlin. https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf.

- Décieux, Fabienne, und Oliver Nachtwey. 2014. „Occupy: Protest in der Postdemokratie“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (1): 75–88.
- Decker, Oliver, Elmar Brähler, und Johannes Kiess, Hrsg. 2013. *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Forschung psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, und Elmar Brähler. 2012. *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn. http://www.fes-gegenrechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf.
- Della Porta, Donatella, und Dieter Rucht, Hrsg. 2015. *Meeting Democracy. Power and Deliberation in Global Justice Movements*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Demirović, Alex. 2013. „Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung“. *PROKLA* 171 (2): 193–215.
- Eberl, Jan, und David Salomon, Hrsg. 2014. „Soziale Kämpfe in der Postdemokratie (Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft. Jahrgang 27. Heft 1)“. Lucius & Lucius. Regal.
- Geißel, Brigitte. 2008. „Zur Evaluation demokratischer Innovationen - die lokale Ebene“. In *Lokale Politikforschung heute*, herausgegeben von Hubert Heinelt und Angelika Vetter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gill, Steven. 2010. „Preface: Political Protest in the Age of Neoliberal Austerity“. In *Prevent and tame. Protest under (self-)control*, herausgegeben von Florian Heßdörfer, Andrea Pabst, und Peter Ullrich, 7–10. Berlin: Dietz.
- Haunss, Sebastian. 2013. *Conflicts in the knowledge society: the contentious politics of intellectual property*. Cambridge intellectual property and information law. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Haunss, Sebastian, und Peter Ullrich. 2013. „Viel Bewegung - wenig Forschung. Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik“. *Soziologie* 42 (3): 290–304.
- Heitmeyer, Wilhelm, Hrsg. 2010. *Deutsche Zustände. Folge 8*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hellmann, Kai-Uwe. 1996. *Systemtheorie und neue soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- . 2008. „Der Code der Anti-Weihnachtsbewegung. Eine systemtheoretische Analyse“. Computer.
- Heßdörfer, Florian, Andrea Pabst, und Peter Ullrich, Hrsg. 2010. *Prevent and tame. Protest under (self-)control*. RLS Manuskripte. Berlin: Dietz.
- Hohenstatt, Florian, und Moritz Rinn. 2014. „Diesseits der Bewegungsforschung. Das ‚Recht auf Stadt‘ als umkämpftes Verhältnis.“ In *Stadt und soziale Bewegungen*, herausgegeben von Norbert Gestring, Renate Ruhne, und Jan Wehrheim, 199–214. Wiesbaden: Springer VS. <http://www.springer.com/springer+vs/soziologie/book/978-3-658-01397-4>.
- Johnston, Hank. 2009. „Protest Cultures: Performance, Artifacts, and Ideations“. In *Culture, Social Movements, and Protest*, herausgegeben von Hank Johnston, 1–27. Aldershot: Ashgate.
- Kahrs, Horst. 2012. „Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte“. Rosa-Luxemburg-Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Studien_Abschied.pdf.
- Kersting, Norbert. 2008. „Evaluation dialogischer Beteiligungsinstrumente“. In *Politische Beteiligun. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*, herausgegeben von Norbert Kersting, 270–92. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klein, Ansgar, und Kai-Uwe Hellmann, Hrsg. 1994. „Bewegungen von Rechts? Analyse und Kritik (Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung Heft 4 - 1994)“. Westdeutscher Verlag.
- Kost, Andreas. 2005. *Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung*. Wiesbaden:

VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kretschmann, Andrea. 2014. „Katalysator Wirtschaftskrise? Zum Wandel von Protest Policing in Europa“. *Bürgerrechte & Polizei/CILIP*, Nr. 106: 52–58.
- Lasch, Hendrik. 2015. „Warum funktioniert Pegida nur auf Sächsisch?“. *Neues Deutschland*, Januar 19. Mahnwache. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/958823.warum-funktioniert-pegida-nur-auf-saechsisch.html>.
- Lessenich, Stephan. 2008. *Die Neuerfindung des Sozialen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lorey, Isabell. 2012. „Occupy – Exodus der Beliebigen aus der juristischen Demokratie“. *Bildpunkt*, Nr. 3. <http://www.linksnet.de/de/artikel/27401>.
- . 2014. „Presentist Democracy. Exodus und Tigersprung“. *Kamion*, Nr. 0: 83–88.
- Luczak, Anna. 2014. „Dunkles Feld. Polizeigewalt in Deutschland“. In *Grundrechte-Report 2014*, herausgegeben von Till Müller-Heidelberg, Elke Steven, Marei Pelzer, Martin Heiming, Heiner Fechner, Rolf Gössner, Ulrich Engelfried, und Sophie Rotino, 165–68. Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.
- Luhmann, Niklas. 1996. *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Melucci, Alberto. 1995. „The Process of Collective Identity“. In *Social Movements and Culture*, herausgegeben von Hank Johnston und Bert Klandermans, 41–63. Minneapolis, Minn: University of Minnesota Press.
- Merkel, Wolfgang. 2013. „Gibt es eine Krise der Demokratie? Mythen, Fakten und Herausforderungen“. *WZB Mitteilungen*, Nr. 139: 6–9.
- Meyer, David, und Sidney Tarrow. 1998. „A movement society. Contentious politics for a new century“. In *The social movement society. Contentious politics for a new century*, herausgegeben von David Meyer und Sidney Tarrow, 1–28. People, passions, and power. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Nanz, Patrizia, und Miriam Fritsche. 2012. *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bd. 1200. BpB Schriftenreihe. Bonn: Bundeszentrale f. Politische Bildung.
- Neidhardt, Friedhelm, und Dieter Rucht. 1993. „Auf dem Weg in die ‚Bewegungsgesellschaft‘? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen“. *Soziale Welt* 44: 305–26.
- o.A. 2013. „Protest- und Polizeiforscher/innen zur Polizeigewalt gegen Blockupy 2013. Offener Brief an die Landesregierung in Hessen“. <http://textrecycling.wordpress.com/2013/06/08/protest-und-polizeiforscherinnen-zur-polizeigewalt-gegen-blockupy-2013/>.
- Pravemann, Stephanie, und Stephan Poppe. 2015. „LEGIDA gezählt“. *Soziologie* 44 (2): 153–61.
- Ramid, Nina, Wolfgang Stuppert, und Simon Teune. 2012. „Protest und Demokratie. Kritik am repräsentativen Regieren und die Entdeckung der Straße durch die GegnerInnen von Stuttgart 21“. In . https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2012/Paperroom/2012SozBew-Ramid_Stuppert_Teune.pdf.
- Raschke, Joachim. 1987. „Zum Begriff der sozialen Bewegung“. In *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, herausgegeben von Roland Roth und Dieter Rucht, 19–29. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Reuband, Karl-Heinz. 2015. „Wer demonstriert in Dresden für Pegida. Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen“. *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, Nr. 21: 133–43.
- Roth, Roland. 2011. *Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation*. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Rucht, Dieter. 1998. „The Structure and Culture of Collective Protest in Germany since 1950“. In *The social movement society. Contentious politics for a new century*, herausgegeben von David Meyer und Sidney Tarrow, 29–57. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

- . , Hrsg. 2001. *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*. Frankfurt am Main; New York: Campus.
- . 2002. „Anstöße für den Wandel – Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert“. gehalten auf der Gründungsversammlung für „Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen“, Berlin, März 2. http://www.wzb.eu/sites/default/files/zkd/zcm/rucht02_vortrag_wandel.pdf.
- . 2011a. „The Strength of Weak Identities“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Nr. 4: 73–84.
- . 2011b. „Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24 (3): 21–47.
- Rucht, Dieter, und Friedhelm Neidhardt. 2001. „Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994. Ereignisse, Themen, Akteure“. In *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, herausgegeben von Dieter Rucht, 27–70. Frankfurt am Main; New York: Campus.
- . 2002. „Towards a ‚Movement Society‘? On the Possibilities of Institutionalizing Social Movements“. *Social Movement Studies* 1 (1): 7–30. doi:10.1080/14742830120118873.
- Salzborn, Samuel, Claudia Wiesner, Ursula Birsl, Claudia Derichs, und Tobias Quednau, Hrsg. 2013. *Demokratie. Zwischen Krise und Erneuerung (FJSB 1/2013)*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Schäfer, Armin. 2009. „Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet“. In *MPIfG Jahrbuch 2009-2010*, herausgegeben von Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 33–38. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. http://www.mpifg.de/pu/ueber_mpifg/mpifg_jb/JP0910/MPIfG_09-10_06_Schaefer.pdf.
- Singelstein, Tobias. 2013. „Körperverletzung im Amt durch Polizisten und die Erledigungspraxis der Staatsanwaltschaften - aus empirischer und strafprozessualer Sicht“. *Neue Kriminalpolitik* 25 (4): 15–27.
- Steven, Elke, und Wolf-Dieter Narr. 2014. *Blockupy 2013 - Der Frankfurter Polizei-Kessel am 1. Juni 2013. Bericht zur Demonstrationsbeobachtung vom 30. Mai bis 1. Juni 2013*. Herausgegeben von Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie´.
- Teune, Simon. 2008. „Gibt es so etwas überhaupt noch?‘ Forschung zu Protest und soziale Bewegungen“. *Politische Vierteljahresschrift* 49 (3): 528–47.
- . 2012. „Das produktive Moment der Krise. Platzbesetzungen als Laboratorien der Demokratie“. *WZB Mitteilungen*, Nr. 134: 32–34.
- . 2015. „Die Revolte der Demokratieverdrossenen“. *TUB-newsportal*. Januar 16. [https://www.tu-berlin.de/?143029&tx_ttnews\[tt_news\]=1494&tx_ttnews\[backCat\]=90](https://www.tu-berlin.de/?143029&tx_ttnews[tt_news]=1494&tx_ttnews[backCat]=90).
- Teune, Simon, und Peter Ullrich. in Vorb. „Demonstrationsbefragungen ohne Demonstrierende. Grenzen einer Forschungsmethode“. *protestinstitut.eu*. <http://protestinstitut.eu/blog/>.
- Töpfer, Eric. 2014. „Unabhängige Polizei-Beschwerdestellen. Eckpunkte für ihre Ausgestaltung“. Policy Paper. Deutsches Institut für Menschenrechte. AZ, Computer. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/Unabhaengige_Polizei_Beschwerdestellen.pdf.
- Ullrich, Peter. 2003. „Bounded Identity und Frameanpassung – Die Mobilisierung nach Genua“. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Nr. 2: 127–32.
- Ullrich, Peter. 2008. *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*. Berlin: Dietz.
- . 2012a. „Das repressive Moment der Krise“. *WZB-Mitteilungen*, Nr. 137: 35–37.
- . 2012b. *Gesundheitsdiskurse und Sozialkritik - Videoüberwachung von Demonstrationen. Zwei Studien zur gegenwärtigen Regierung von sozialen Bewegungen und Protest*.

- Wissenschaftliche Texte des DJI. München: Deutsches Jugendinstitut.
http://www.dji.de/bibs/9_14638_Videoeuberwachung_Ullrich_2012.pdf.
- . 2014. „Links, rechts oder einfach nur bekloppt? Die neuen Montagsdemos fordern die Friedensbewegung, die Linke und unser Verständnis politischer Konfliktlinien heraus“. *ak - Analyse und Kritik*, Nr. 594 (Mai): 11–12.
- Ullrich, Peter, Priska Daphi, und Britta Baumgarten. 2014. „Protest and Culture: Concepts and Approaches in Social Movement Research. An Introduction“. In *Conceptualizing Culture in Social Movement Research*, herausgegeben von Britta Baumgarten, Priska Daphi, und Peter Ullrich, 113–39. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Ullrich, Peter, und Reiner Keller. 2014. „Comparing Discourse between Cultures. A discursive approach to movement knowledge“. In *Conceptualising Culture in Social Movement Research*, herausgegeben von Britta Baumgarten, Priska Daphi, und Peter Ullrich, 113–39. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Ullrich, Peter, und Anja Lê. 2011. „Bilder der Überwachungskritik“. *Kriminologisches Journal* 43 (2): 112–30.
- Vey, Judith. 2015. *Gegen-hegemoniale Perspektiven. Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010*. Hamburg: VSA.
- . 2016. „On Marxist Capitalocentrism and Anarchist Economic Blind Spots. A Critical Analysis of the Crisis Protests in Germany, the Occupy Wall Street Movement in the USA and the German Apartment-House Syndicate (“Mietshäuser Syndikat”)“. *Capital & Class*.
- Zick, Andreas. 2015. „’Pegida’ wird wohl bald untergehen“. Interviewt von Sandra Stalinski.
<http://www.tagesschau.de/inland/pegida-interview-103.html>.
- Zimmer, Wim. 2015. „Von wegen «Solidarität». In der öffentlichen Debatte um Griechenland sind Richtigstellungen nötig“. *Rosalux. Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Nr. 1: 4–5.

